BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Stachel

Friedrichshain-Kreuzberg

Sommer 2013 / 14. Jahrgang / Nr. 46

kostenlos

Inhalt

Seiten 2 bis 4, 13

Mieten & Wohnen *Seiten 7+8*

Riza Baran *Seite 9*

Optionszwang *Seite 10*

Kurz vor Drucklegung erreichte uns die Nachricht, dass **Bürgermeister Franz Schulz** sein Amt im August aufgeben wird. Eine erste Würdigung seines langjährigen kommunalpolitischen Engagements von Dirk Behrendt findet ihr auf ***Seite 13***. Eine ausführliche Dokumentation folgt in der nächsten Ausgabe

! Interview Sven Giegold	3
Nachruf Rosemarie F.	4
Anti-Korruption	4
East Side Gallery	5
Silivio-Meier-Straße	5
Unfallstatistik	5
Interview mit Rahel Schweikert	6
Nachruf Dietmar Lingemann	6
Rund ums Bezirksparlament	6 + 7
Yorckdreieck	9
Nachhaltige Straßenfeste	9
Service und Impressum	9
Roma	10
Migration und Gesundheit	10
Berliner Energietisch	11
Pamukkale-Platz	11
Situation der Kitas	11
Obdachlosentheater	12
Geschichtsort Wilhelmstraße	12
Kältehilfe	12
! Interview mit Hermann Ott	13
Tine	14

Foto: ck

Symbol für den Kampf gegen Rechts. Am 26. April 2013 wurde die Gabelsbergerstraße in Friedrichshain in Silvio-Meier-Straße umbenannt. Silvio Meier wurde vor mehr als 20 Jahren im U-Bahnhof Samariterstraße von Neo-Nazis ermordet. Ein Bericht auf Seite 5.

NSU-Terror vor Gericht

Der Münchner Prozess gegen Beate Zschäpe sowie weitere Unterstützer des Nazi-Netzwerkes Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) startete bereits mit Ärger und Verwirrung. Am Ende muss so viel Aufklärung erfolgen wie nur irgend möglich. Die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung muss unabhängig davon weitergehen.

Über zehn Jahre gelang es der rechtsextremen Terrorzelle, aus dem Untergrund heraus zehn Menschen zu ermorden, Anschläge zu verüben, Banken auszurauben. Die deutschen Sicherheitsbehörden waren weder in der Lage, die Opfer zu schützen, noch die Mordserie zu stoppen oder aufzuklären. Das Terrortrio des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), Mundlos, Bönhardt, Zschäpe, musste sich selbst enttarnen, um den Schrecken zu beenden. Allein die Anklageschrift umfasst 500 Seiten, es gibt über 70 Nebenkläger – das Interesse am Prozess ist groß. Es geht um das Unfassbare, das doch geschehen ist in Deutschland.

Prozess verschoben

Der Grund für die Verschiebung des Prozesses sind die wochenlangen Streitigkeiten um die Presseplätze. Bei der Vergabe der 50 festen Medienplätze des Gerichtssaals wurden ausländische Medien nicht berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hat daraufhin entschieden, dass die Platzvergabe nicht rechtmäßig war. Gut so! Es muss eine angemessene Zahl an Plätzen für ausländische Medien, mit besonderem Bezug zu den Herkunftsländern der NSU-Opfer bereitgestellt werden. Am 15. April um kurz nach 13 Uhr war dann klar: Das Oberlandesgericht München sah sich sowohl zeitlich als auch organisatorisch nicht in der Lage, an dem ursprünglich geplanten Termin festzuhalten. Ein Gerichtsprozess, auf dem höchste Erwartungen lasten, musste verschoben werden. Wie soll man das den Angehörigen der Opfer erklären? Diese haben erlebt, wie der Ehemann, der Vater oder der Bruder ermordet worden sind. Anstatt die Täter zu ermitteln, sind die Angehörigen selbst in den Fokus der Ermittlungsbehörden geraten. Familien wurden beschuldigt, für den Mord eines geliebten Menschen verantwortlich zu sein.

Mittäterschaft von Beate Zschäpe

Zschäpe ist wegen Mittäterschaft, zehnfachen Mordes, Raubüberfällen, Sprengstoffanschlägen, versuchtem Mord, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und besonders schwerer Brandstiftung angeklagt. Sie selbst soll keine Morde verübt haben, aber für den NSU zur Ausführung seiner Taten unverzichtbar gewesen sein. Sie soll die zentrale Rolle gespielt haben, um der Terrorzelle den Anschein von Normalität zu geben. Sie soll Kontakt zur Nachbarschaft gehalten haben, war scheinbar für die Logistik zuständig, verwaltete das Geld, organisierte Fahrzeuge und soll an der Beschaffung einer Waffe und gefälschter Papiere beteiligt gewesen sein. Außerdem hat sie wohl das letzte NSU-Versteck in Zwickau in Brand gesetzt und DVDs verschickt, in denen sich der NSU zu seinen Taten bekannte.

Auch wenn Frau Zschäpe nicht geschossen hat und auch fraglich ist, ob sie bei einer Tatausführung in der Nähe der Tatorte war, hat sie mit Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt lange und eng zusammengelebt. Unwahrscheinlich, dass sie nicht gewusst haben soll, was ihre beiden Mitbewohner im Untergrund tun. Sollte Zschäpe jetzt vor Gericht erzählen, sie hätte von nichts gewusst, ist das unglaubwürdig.

Weitere Unterstützer des NSU-Terrors

Vier Unterstützer des Terrortrios sind derzeit angeklagt, weitere werden folgen. Der in Untersuchungshaft sitzende Ralf Wohlleben soll Ende 1999 oder Anfang 2000 dem NSU mit Hilfe eines Kuriers eine Pistole vom Typ Ceska 83 und Munition besorgt haben, die Tatwaffe für die Morde an neun Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund. Der frühere NPD-Funktionär wird daher der Beihilfe zum neunfachen Mord beschuldigt. Darüber hinaus soll Wohlleben dem Terrortrio 1998 beim Untertauchen finanziell geholfen und dem NSU auch später Geld besorgt haben. Im Auftrag Wohllebens soll der ebenfalls Angeklagte Carsten S. die besagte Waffe samt Schalldämpfer und Munition beschafft und dem NSU-Trio übergeben haben. Auch ihm wird Beihilfe zum neunfachen Mord vorgeworfen. Zum weiteren Unterstützerkreis zählt die knapp 500-seitige Anklageschrift auch Holger G. und Andre E. Holger G. soll dem NSU geholfen haben, sich mit falschen Papieren zu tarnen. Laut Bundesanwaltschaft stellte er Bönhardt Reisepass und Führerschein aus und organisierte eine Krankenkassenkarte. Ihm wird seitens der Bundesanwaltschaft die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Selbigen Strafbestand sieht die Anklageschrift bei Andre E. erfüllt, einem bekannten Rechtsextremisten aus Sachsen. Zudem soll Andre E. sich der Beihilfe zu versuchtem Mord, zu Raub und einer Sprengstoffexplosion strafbar gemacht haben. Der 33-jährige und seine Frau sollen die NSU Mitglieder regelmäßig besucht und unterstützt haben.

Die Aufklärung muss weitergehen

Der Prozess hatte einen denkbar schlechten Start. Die Erwartungen sind und bleiben dennoch hoch. Grundlage dieser Erwartungen ist trotz aller Erschütterungen: Wir leben in einem Rechtsstaat, und das Gericht wird auf Grundlage von Recht und Gesetz ein Urteil sprechen.

Am Ende ist es vermessen zu meinen, ein einziger Strafprozess würde das dreizehnjährige Versagen der Sicherheitsbehörden wiedergutmachen können. Die juristische Aufklärung und Urteilsfindung wird im Münchner Prozess erfolgen. Die Politik ist damit aber nicht aus der Verantwortung. Die Aufklärung in Bundestag und Länderparlamenten muss unabhängig vom laufenden Prozess weitergehen, solange bis echte Konsequenzen aus den Fehlern der Arbeit der Sicherheitsbehörden gezogen werden können. Auch das sind wir, ist die Bundesrepublik Deutschland, sind wir als Gesellschaft den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Clara Herrmann,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

Schritte zu Guter Arbeit

Ein Gastbeitrag zum 1. Mai 2013 von Heiko Glawe (Bündnis 90/Die Grünen), Geschäftsführer der DGB-Region Berlin

Der 1. Mai 2013 ist Plattform für die anstehenden Bundestagswahlen, deshalb ist das Motto mit den drei Botschaften Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa verbunden.

„Gute Arbeit", weil die Prekarisierung von Arbeit weiter munter voranschreitet. Berlin behauptet dabei souverän seine „Spitzenposition" als Hauptstadt der prekären Beschäftigung. Wer hier die steigende Zahl der Erwerbstätigen feiert, darf nicht verschweigen, dass 2012 auch die Zahl der erwerbstätigen ALG-II-BezieherInnen (Aufstocker) weiter gestiegen ist.

Dabei sind aufstockende Leistungen – aus Unternehmenssicht – wohl die genialste Subvention, die jemals erdacht wurde: Sie ist unbefristet, sie steigt, wenn die Leistung (Lohn) sinkt und lädt die gesamte Antragsbürokratie bei den ArbeitnehmerInnen ab. Dagegen helfen nur armutsfeste Löhne und Honorare, mit einem gesetzlichen Mindestlohn als absoluter Untergrenze. Zudem müssen die vielfältigen Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs oder (sachgrundlose) Befristungen abgeschafft oder strikt reguliert werden. Tarifverträge dürfen nicht länger durchlöchert, sondern müssen durch eine Reform der Allgemeinverbindlichkeit gestärkt werden.

„Sichere Rente", weil Altersarmut längst keine Randerscheinung mehr ist, sondern eine logische Konsequenz niedriger Erwerbseinkommen. Nach wie vor hält sich die Mär vom Segen des Niedriglohnsektors, der gering Qualifizierten einen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen solle. Faktisch besteht für viele Beschäftigte (und Soloselbständige) kaum eine Chance, aus der Niedrigeinkommensfalle herauszukommen, egal ob niedrig oder hoch qualifiziert. Die Folge sind immer mehr Rentenbescheide unterhalb der Grundsicherung.

„Soziales Europa", weil die EU-Staaten im Zusammenspiel mit IWF und EU-Kommission offensiver als je zuvor dabei sind, soziale Rechte abzubauen und die ArbeitnehmerInnen dem Diktat der Finanzmärkte zu unterwerfen. Die propagandistische Begleitmusik durften wir in den letzten Wochen dazu in Reinform „genießen". Während die „Enteignung" zypriotischer Sparguthaben einen Sturm der Entrüstung hervorrief, der – wie kann es auch anders sein – die Finanzmärkte verunsichere, wird die Enteignung der zypriotischen Beschäftigten und RentnerInnen qua Lohn- und Rentenkürzung als notwendiger Schritt gelobt.

Die Krise in Europa ist im Übrigen in Berlin deutlich spürbar und spiegelt das Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum in Europa: Insbesondere junge Menschen, die aus den süd- und osteuropäischen Krisenländern kommen, tragen zum wirtschaftlichen Aufschwung Berlins bei. Gegenüber dem Vorjahr hat sich 2012 die Zahl osteuropäischer WanderarbeiterInnen, die bei den DGB-Beratungsstellen Hilfe gegen Lohnbetrug und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gesucht haben, nahezu verdoppelt. Viele von ihnen haben zuvor in Spanien oder Italien gearbeitet, nun gehen sie weg aus den Krisenländern, zusammen mit jungen GriechInnen, ItalienerInnen und SpanierInnen. Offenbar verändern sich die Wanderungsbewegungen.

Besetzung des Gewerkschaftshauses am Engelufer in Berlin durch die SA - 02.05.1933 *Quelle: ullstein bild*

*„1. Mai – Unser Tag", so lautet das Motto des DGB zum 1. Mai 2013. Unser Tag – und nicht der Tag von Nazis, die am 1. Mai 2013 in Schöneweide marschieren wollen. Unser Tag – weil der DGB und die Gewerkschaften nicht vergessen haben, dass Nazis nach der Machtübernahme 1933 Gewerkschaftshäuser gestürmt und zahllose GewerkschafterInnen verhaftet, gefoltert und ermordet haben. Am 2. Mai 2013 jährt sich die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten zum 80. Mal (s. Bild). Mit einer Reihe von Veranstaltungen und der Internetseite „Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 – Zerstörte Vielfalt" (**www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de**/) gedenkt der DGB dieser Ereignisse.*

Soziales Europa und prekäre Arbeit in Berlin

Die Profiteure der Arbeitsausbeutung sind nicht selten öffentliche Auftraggeber wie die Flughafen GmbH am BER. Die Ausbeutung von WanderarbeiterInnen an der scheinbar hochgradig überwachten Flughafenbaustelle Schönefeld macht geradezu beispielhaft deutlich, woran „Gute Arbeit" oft scheitert, nämlich an der – politisch gewollt – mangelhaften Kontrolle und Durchsetzung von Arbeitsbedingungen.

Exemplarisch für diesen mangelnden politischen Willen ist die Tatsache, dass im Juli 2010 das Berliner Vergabegesetz in Kraft getreten ist, das die Einrichtung einer Kontrollgruppe verpflichtend vorsieht, um die Einhaltung sozialer und ökologischer Vergabekriterien sicherzustellen. Am 18. April 2013 ist dieses Gesetz 1.000 Tage in Kraft, die Kontrollgruppe gibt es allerdings immer noch nicht. Stattdessen wird die Kontrolle auf die Bezirke abgewälzt, die aber kein Personal haben, um diese Aufgabe wahrnehmen zu können.

Ganz im Sinne der Ideologie des „schlanken Staats" wird gleich doppelt „gespart", zum einen bei den Personalausgaben, zum anderen bei den Auftragskosten, die durch Billiglöhne gedrückt werden.

Besonders deutlich wird die Sparideologie bei den Musik- und Volkshochschulen. Bereits am 1. Mai 2012 hatten die „freien" MusikschullehrerInnen lautstark für einen Tarifvertrag getrommelt. Worum es geht hatte Thomas Birk (MdA, Bündnis 90/Die Grünen) in einer Pressemitteilung auf den Punkt gebracht:

„Rund 600 arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte an den Volkshochschulen und 1130 arbeitnehmerähnliche MusikschullehrerInnen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese Honorarkräfte kämpfen seit Jahren für Tarifverträge, die ihnen mehr soziale Sicherheit bieten sollen."

Es ist sehr zu begrüßen, dass Die Grünen sich in dieser Auseinandersetzung kontinuierlich engagieren.

Eckpunkte für Gute Arbeit in Berlin

Wer den Wandel Berlins von der Hauptstadt der prekären Beschäftigung zur Hauptstadt der Guten Arbeit voranbringen will, muss politisch handeln, zum Beispiel:

1. den Vergabe-Mindestlohn (derzeit 8,50 €/Stunde) so wie im rot-grün regierten Bremen durch ein Landesmindestlohngesetz ergänzen. Alle Unternehmen, die öffentliche Gelder in Form von Aufträgen, Zuwendungen oder Fördermitteln bekommen, müssen verpflichtet werden, ihren Beschäftigten wenigstens den Mindestlohn zu zahlen. Die Grünen haben dazu bereits vor Monaten einen Gesetzentwurf ins Abgeordnetenhaus eingebracht, der offenbar durch immer neue Vertagungen erst nach dem Wahlkampf abgestimmt werden soll.

2. sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern, damit tarifgebundene Unternehmen nicht länger gegenüber Billiganbietern benachteiligt werden. „Kein Arbeitgeber darf wirtschaftliche Vorteile erzielen, wenn er seine Beschäftigten besonders schlecht bezahlt oder grundlegende Arbeitsbedingungen missachtet" (Antrag Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag: „Tarifvertragssystem stärken").

3. bei der Re-Kommunalisierung nicht nur auf die großen Infrastrukturbereiche (Energie, Wasser) achten, sondern auch auf die zahlreichen Bereiche sozialer Dienstleistungen, beispielsweise bei den Musik- und Volkshochschulen. Der politische Druck aus den Bezirken gegen die Personalabbauvorgaben des Senats muss größer werden, wenn weitere Zwangsprivatisierungen verhindert werden sollen.

4. für eine bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ausstattung der Bezirke sorgen statt prekäre Honorarverträge (z.B. bei Musik- und Volkshochschulen) zu vergeben.

5. eine wirkungsvolle Kontrolle von Arbeitsbedingungen mit entsprechenden personellen und technischen Ressourcen sicherstellen. Fast die Hälfte der Beschäftigten in den Arbeitsschutzbehörden geht bis 2016 in den Ruhestand, qualifizierter Nachwuchs wird dringend benötigt.

Fazit: Zwar mangelt es kurz vor der Bundestagswahl quer durch nahezu alle Parteien kaum an Bekenntnissen zu „Guter Arbeit", die Praxis jedoch sieht – nicht nur in Berlin – oft anders aus. Am 1. Mai und darüber hinaus werden die Gewerkschaften deshalb sehr genau darauf achtgeben, was tatsächlich getan wird, um den Arbeitsmarkt zu re-regulieren, per Gesetz im Parlament gleichermaßen wie in der praktischen Umsetzung.

„1. Mai – Unser Tag" alle Informationen zum Programm und Ablauf unter ***berlin.dgb.de/extra/1-mai-2013-unser-tag***

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

Genug gespart

26,3 Millionen Europäer_innen waren im Februar diesen Jahres arbeitslos. Als die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) diese Zahlen präsentierte, warnte sie vor der zunehmenden Gefahr sozialer Unruhen.

Die Kreuzberger Mai-Rituale taugen zwar nicht unbedingt als Beleg dieser Prognose, dennoch sind sie ein Hinweis, dass die Merkelsche Krisenpolitik gründlich gescheitert ist. Auch wenn in den Medien wie in einigen Hinterzimmern mit einer schwarz-grünen Regierungsbildung geliebäugelt wird, sollte eines im kommenden Monaten nicht vergessen werden: es gibt eine grüne Alternative zum Kaputt-Sparen Europas.

Alternativen in der europäischen Schuldenkrise

In der Steuerpolitik enthält das Bundestagswahlprogramm einen bahnbrechenden Paradigmenwechsel. Nachdem die Agenda 2010 noch massive Steuersenkungen beinhaltete, ist hier eine Kehrtwende vollzogen worden: unter anderem soll der Spitzensteuersatz auf 49% erhöht werden. Es ertönt damit das Signal, dass solide Haushalte eine Stärkung der Einnahmeseite benötigen. Nicht zufällig hat sich auch der französische Präsident Hollande mit seiner Idee für eine Reichensteuer von 75% hervorgetan. Eine mögliche rot-grüne Regierung würde mit einer gerechteren Steuerpolitik also keinesfalls allein da stehen.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte lassen sich aber nicht nur durch Personen-, sondern auch durch Unternehmenssteuern deutlich erhöhen. Sehr erfreulich sind deshalb die grünen Beschlüsse über eine europaweite Mindeststeuer für Unternehmen von 25%. Zumindest in Europa könnte damit der steuerlichen »Exit-Option« begegnet werden, durch die Konzerne ihre Gewinne dort anfallen lassen, wo ihnen die Steuersätze lukrativ erscheinen. Eine europaweite Mindestbesteuerung würde hingegen den ruinösen Standortwettbewerb einschränken und eine neue Vorstellung von den positiven Auswirkungen der europäischen Integration stiften. Dass selbst in Krisenzeiten soziale Verbesserungen nicht nur denkbar, sondern auch finanzierbar sind, zeigt die geplante Erhöhung der ALG II Regelsätze. Trotz der strengen grünen Ausgabenprioritäten sollen diese auf 420 Euro erhöht werden – ein Leistungsniveau, das der paritätische Wohlfahrtsverband schon lange einfordert.

Kaputt-Sparen ist keine Lösung

Durch höhere Einnahmen lassen sich die öffentliche Haushalte prinzipiell ohne soziale Schieflagen sanieren. Spätestens wenn auch Deutschland von der europaweiten Rezession ergriffen wird, könnte sich das grüne Bekenntnis zur Schuldenbremse aber noch als Problem erweisen. Wer die Neuverschuldung strikt auf 0,35% des BIPs begrenzt, schränkt die Möglichkeiten einer antizyklischen Konjunkturpolitik übermäßig ein. Zudem wird auf diese Weise ein konsequentes Engagement für einen Green New Deal verhindert. Das ist bedauerlich, weil der ökologische Umbau auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet.

In dieser Hinsicht sollte die Partei nicht auf den politischen Mainstream reinfallen und die ‚schwäbische Hausfrau' zur Nachhaltigkeitsikone verklären. Auch an anderer Stelle ist zu wünschen, dass die programmatische Erneuerung noch mutiger verfolgt wird. Anstatt nur zu erklären, wie die angesammelten Schulden von ca. 2 Billionen Euro zu bezahlen sind (Stichwort Altschuldentilgungsfonds), sollte endlich gefragt fragen, inwieweit das überhaupt möglich ist.

Die Frage nach dem Schuldenschnitt

Im Berliner Haushalt liegen die Zinszahlungen beispielsweise schon deutlich über den Investitionsausgaben. Nicht nur in Griechenland, sondern auch in Deutschland scheint ein Schuldenschnitt alsbald unumgänglich zu werden. Eine Entlastung, ohne die ein sozial-ökologischer Fortschritt kaum machbar ist.

Oliver Powalla,
LAG und BAG Wirtschaft und Finanzen

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

Die Ruhe vor dem Sturm

Ein Gespräch mit Sven Giegold, Mitglied des Europaparlaments

Stachel: *Wie siehst Du die konkreten Auswirkungen der derzeitigen Krise auf die Menschen hier bei uns? Z. B. beim Thema Arbeit, den europäischen Wanderungsbewegungen, oder beim Immobilienmarkt?*

Sven Giegold: Deutschland ist eingebunden in Europa. Wer glaubt, dass die Krise an Deutschland vorbei geht, der irrt sich natürlich. Was Du ansprichst, sind nur Vorboten, die Zuwanderungsraten aus Südeuropa sind noch ziemlich niedrig, auch wenn man das sicher in Berlin besonders spürt.

Außerdem haben wir in Deutschland noch keine Immobilienpreisblase. Das Anziehen der Preise hier hat sicher mit der Finanzkrise zu tun, aber auch damit, dass Berlin langsam wirtschaftlich immer attraktiver wird. Das bedeutet aber, dass man den Kapitalmarkt nicht die Wohnungspolitik machen lassen darf.

Also Steuerung.

Genau. Natürlich sind private Investitionen auch im Immobilienbestand wünschenswert, aber es muss gleichzeitig Bereiche geben, die in genossenschaftlicher oder öffentlicher Hand sind, sodass alle Bezirke sozial gemischt bleiben. Das ist Aufgabe der städtischen Politik. Berlin ist eine tolle Stadt und zugleich immer noch kostengünstig, verglichen mit anderen europäischen Metropolen. Also: Freut Euch darüber, aber tut auch etwas dafür, dass das so bleibt! Denn auch ohne Krise würde der Preisdruck hier anhalten.

Zum Teil ist es aber auch totes Kapital, Kapital das irgendwo andocken will, teure Eigentumswohnungen, die leer stehen.

Der Skandal entsteht dann, wenn man politisch nicht dafür sorgt, dass es auch große Gebiete gibt, die der Immobilienspekulation entzogen sind. Wir haben hier in Deutschland beispielsweise viel zu wenig dafür getan, neue Genossenschaften zu stärken, auch im Bereich des Wohnungsbaus. Da hat die Bundesregierung gar nichts auf die Reihe bekommen: Die gesetzlichen Regelungen sind schwerfällig, es gibt wenig Investitionsanreize – die soziale und solidarische Ökonomie, die müssen wir stärken!

Aber hängt das alles nicht auch mit der Anhäufung großer Vermögen bei wenigen zusammen – die andere Seite des Schuldenbergs eben?

Selbst wenn wir eine Grüne Vermögenssteuer durchsetzen, werdet Ihr hier in Berlin mit weiterhin einströmendem Kapital rechnen müssen. Und dann muss man dafür sorgen, dass dieses Kapital nicht alles darf. Das Kapital sucht in Deutschland zur Zeit vor allem Sicherheit, nicht die höchst mögliche Rendite. Und was erscheint sicherer, als der Immobilienmarkt einer attraktiven, sich entwickelnden Stadt?

An welchem Punkt ist die Finanzkrise denn mittlerweile angekommen? Entwarnung?

Auf keinen Fall. Eher die Ruhe vor dem Sturm: In den Finanzsystemen gibt

Sven Giegild *Foto: privat*

es weiter wachsende, noch nicht aufgedeckte Verluste. In den Banksystemen von Griechenland, Italien oder Spanien gibt es faule Kredite von über 10 %. Wenn das offen gelegt wird, wird es ein ganz großes Problem für uns alle geben.

Wenn wir die Wirtschaft durch einseitige Sparpolitik abwürgen, dann können die Menschen ihre Kredite nicht mehr bedienen, und genau das passiert gerade.

Wie stehst Du zum Thema Schuldenschnitt?

Im Fall von Entwicklungsländern gilt sicher: Gläubiger dürfen Menschen nicht ewig in Abhängigkeit halten über Verschuldung, das steht schon in der Bibel. Aber unter entwickelten, demokratischen Staaten haben wir es mit einer anderen Lage zu tun: Warum sollten wir einem Land wie Italien die Schulden erlassen, nur weil man dort nicht bereit ist, die eigenen Millionäre zu besteuern?

Wichtig wäre vielmehr ein sog. Schulden-Audit, also zu klären, wie es eigentlich zu diesen hohen Schulden gekommen ist. Ein Schuldenschnitt halte ich weder aus ökonomischen noch aus Gründen der Gerechtigkeit für eine sinnvolle Forderung.

Sondern?

Die Staaten haben hohe Schulden aufgehäuft, und parallel dazu haben sich immense Vermögen gebildet. Daher ist unsere Forderung: Die Vermögensabgabe muss in eine dauerhafte Vermögensbesteuerung überführt werden. Das zweite ist die Frage der Erbschaftsbesteuerung. Erbschaften sind aus Sicht der ErbInnen leistungslose Einkommen. Und das dritte große Thema sind die unbesteuerten Kapitaleinkommen, die in Schlupflöchern verschwinden.

Auch dadurch wenden wir die bestehenden Steuersätze auf große Teile der Einkommen gar nicht an. Die Schäden durch Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung schätzt die EU-Kommission auf 1000 Mrd. € jährlich, das ist mehr als die Haushaltsdefizite aller EU-Staaten zusammen genommen. Da liegen die wirklichen Schätze. Wir müssen die Schlupflöcher schließen, und da auch aggressiv vorgehen, das bringt viel mehr als ein politischer Überbietungswettbewerb um den höchsten Spitzensteuersatz.

Und der Fiskalpakt?

Ich war wie die Grüne Europafraktion gegen die Zustimmung, und wir hätten uns auf dem Länderrat auch beinahe durchgesetzt. Ich finde aber auch, dass Schuldenmachen nicht links ist. Links ist, wenn gerechte Steuern ein gutes Gemeinwesen finanzieren. Ich finde es anders als die Linkspartei gut, wenn Staaten sich in der Schuldenfrage klare Grenzen auferlegen. Mein Problem mit dem Fiskalpakt war, dass die Ebene gerechter Steuern in Europa fehlte. Außerdem schafft der Fiskalpakt ohne Not eine juristische Struktur in Europa unter Umgehung des Europaparlaments. Dass die Staaten sanieren müssen und es dafür einen verbindlichen europäischen Rahmen gibt, sehe ich durchaus positiv.

Das hieße, Kompetenzen an Europa abzugeben?

Na ja. Eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Wirtschaftpolitik brauchen gemeinsame Regeln. Aber man muss unterscheiden: Wo braucht man eher europäische Kompetenzen, und wo lokale. Aus meiner Sicht gibt es eine ganze Menge, was man in die Regionen zurück verlagern kann. Was geht es zum Beispiel die EU an, wie die Wasserversorgung organisiert wird? Umgekehrt brauchen wir im Bereich der Steuerpolitik, aber auch im Bereich der sozialen Absicherung mehr Europa – vor allem, um Abwärtswettläufe im Binnenmarkt zu verhindern. Es wird als darum gehen, den Regionen und Kommunen mehr Einfluss zu geben, und auf der anderen Seite Europa. Der Nationalstaat wird damit vermutlich an Einfluss verlieren. Es gibt aus meiner Sicht Schlimmeres.

Interview:
Henry Arnold

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

„Die sind einfach über uns rüber“

Im Mai 2011 kam es bei einer vom Senat geheim gehaltenen Demonstration der NPD in Kreuzberg zu Angriffen von Neonazis auf Gegendemonstrierende. Vier Personen die davon betroffen waren, erzählen von dem Vorfall. Der Prozess gegen die Angreifer steht auch zwei Jahre danach noch aus.

Am Mehringdamm überrumpelten Neonazis eine nur schwach aufgestellte Polizeikette und standen plötzlich vor einer sich gerade bildenden Blockade. Vier Gegendemonstrierende wurden von dem Demozug überrollt und mit Schlägen und Tritten malträtiert. „Die Polizei hat gar keine Aktivität gezeigt die Nazis zu stoppen.“, sagt einer von ihnen. „Die sind einfach über uns rüber und haben auf uns eingeschlagen.“ Mit leichten Verletzungen kommen die vier davon, auch weil Umstehende zu Hilfe kamen und am Ende einzelne Polizist*innen die Nazis verdrängten. „Der ganze Angriff ging vielleicht eine Minute.“, sagt ein anderer von ihnen. „Wir sind danach sofort raus aus der Demo und waren vollkommen nervös.“ Die Neonazis durften sich anschließend wieder dem Demozug anschließen, ihre Personalien wurden nicht aufgenommen.

Gegendemonstrierende vor NPD-Demo in Kreuzberg *Foto: PM Cheung*

Jagdszenen in Kreuzberg

Bereits am 1.Mai kam es am Mehringdamm zu gewalttätigen Übergriffen von Neonazis. Die Polizei war an diesem Tag restlos überfordert, einzelne Zeitungen betitelten die Ereignisse später mit „Jagdszenen in Kreuzberg“.

Zwei Wochen später war die Polizei bei dem massiven Angriff auf die Gegendemonstrierenden kaum besser aufgestellt. „Die Polizei war nicht nur überfordert, die hat das zum Teil überhaupt nicht interessiert.“, sagen die vier. Direkt nach der Attacke besorgen sie sich einen Anwalt, denn die Polizei hätte sich auch im Anschluss daran nicht für sie interessiert, einen Krankenwagen mussten sie selbst rufen. „Wir sind zu den Beamten hingegangen“, sagen sie, „aber die haben alle nicht reagiert.“ Am nächsten Tag gab einer von ihnen Anzeige gegen Unbekannt auf. Die Beamten hätten mehr auf ihn eingeredet, wie er sich auf die Straße setzen und versuchen könnte, die Demonstration der Nazis zu blockieren, statt die Anzeige aufzunehmen und Hilfe anzubieten.

„Wir gehen auf jeden Fall wieder blockieren“

Seither sind zwei Jahre vergangen und die vier warten immer noch auf einen Verhandlungstermin. Keine 24 Stunden nach der Attacke waren anhand von Fotos die Angreifer im Internet identifiziert gewesen. Die Polizei hatte dafür mehr als einen Monat gebraucht. Immerhin gingen die Ermittlungen danach relativ zügig voran und bei drei mutmaßlichen Angreifern wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Angst vor Racheakten der Nazis haben die vier nicht. „Wir sehen es als zivilgesellschaftliche Pflicht, dass wir die Gewalttaten von Neonazis zur Anzeige bringen.“, sagen sie. „Außerdem haben wir eine große Solidarität innerhalb Berlins erfahren und bekommen viel Unterstützung.“ Sie planen eine Soliparty und T-Shirts zu drucken, um ihre Prozesskosten zu decken. Für die vier ist es ganz selbstverständlich, sich auch dieses Jahr den Neonazis entgegenzustellen. „Wir gehen auf jeden Fall wieder blockieren.“

Tim Lüddemann

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

Die extreme Rechte und der 1. Mai

Frankfurt am Main, Erfurt, Würzburg, Dortmund, Elmshorn und Berlin – was haben diese Städte am 1. Mai – dem internationalen Tag der Arbeit - gemeinsam? An diesem Tag wollen NPD und andere rechte Gruppierungen ihre nationalchauvinistischen, rassistischen, sexistischen und homophoben Gedanken unter dem Denkmantel von vermeintlicher Kapitalismuskritik auf die Straßen dieser Städte tragen.

In Berlin hat die NPD zu einer Demonstration mit anschließender Kundgebung in Schöneweide aufgerufen und bringt ihren Spitzenkader (natürlich nur Männer) mit, um über Euro-Ausstieg und „raumorientierte Volkswirtschaft“ zu schwadronieren. Dabei haben der internationale Tag der Arbeit und das, für das die extreme Rechte den Tag missbrauchen will, nichts miteinander gemein.

Am 1. Mai rufen Gewerkschaften, linke Gruppen und Parteien zu sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität auf und demonstrieren gegen Rassismus und Nationalismus. Die NPD und die extreme Rechte fordern genau das Gegenteil: Segregation und Abgrenzung, nationale Wirtschaftinteressen und Arbeitsplätze „zuerst für Deutsche“. Mit dem hantieren der Begriffe „Kultur“ und „werteorientierte Räume“ versucht die extreme Rechte dabei von ihren rassistischen Motiven abzulenken, dennoch steht dahinter aber nichts anderes als ein national-chauvinistisches Denken. Das konfuse Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“, dass als vermeintlicher Gegenentwurf zur EU und zur Globalisierung allgemein von der NPD propagiert wird, wirft mit undefinierten Räumlichkeitsbegriffen um sich und ignoriert z.B. völlig, dass es schon immer Handel und kulturellen Austausch über Grenzen hinweg gab und dass in Deutschland viele Arbeitsplätze vom Export abhängen.

Eine berechtigte Kritik an der Globalisierung, die Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle Menschen auf der Welt fordert, sieht ganz anders aus. Die extreme Rechte denkt weder sozial noch will sie eine gerechte Welt – mit den Idealen des internationalen Tags der Arbeit hat sich nichts gemein!

In diesem Jahr gibt es wieder traurige Jubiläen, die uns daran erinnern, welches Unglück die Nazis mit ihr rassistischen und antisemitischen Gedankengut über diese Welt gebracht haben: 80 Jahre Machtergreifung der NSDAP, 80 Jahre Bücherverbrennung durch die Nazis im dritten Reich und vor 80 Jahren wurde mit Dachau das erste Konzentrationslager auf deutschem Boden errichtet – die Liste ist lang. Aber egal ob jetzt 80 Jahre, 83 Jahre, 100 Jahre oder 136 Jahre vergangen sind – es gilt auf die Straße zu gehen und sich denjenigen, die die Ideen und Vorstellungen der NSDAP weitertragen und propagieren, in den Weg zu stellen! Viele Mitglieder und Mandatsträger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg unterstützen das Bündnis „1. Mai – Nazifrei“, dessen Motto „Kommt nach vorne – Nazis blockieren!“ Programm ist. Keinen Fußbreit den Faschisten, keinen Schritt dürfen sie am 1. Mai oder sonst wann gehen!

Karl-Heinz Bergt und
Valentin Münscher,
Mitglieder des
Geschäftsführenden Ausschusses

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer
Frauen besonders betroffen

Jeder sechste Mensch in Deutschland lebt an der Armutsgrenze.Von Armut betroffen sind insbesondere Alleinerziehende, Arbeitslose, Migrant_innen und Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Frauen sind in diesen Gruppen überproportional betroffen.

Während sich die Einkommen des ärmsten Zehntels der Bevölkerung um neun Prozent verringert haben, hat das obere eine Prozent eindeutig zugelegt. Die reichsten zehn Prozent besitzen über 53 Prozent des Gesamtvermögens, während die gesamte untere Hälfte der Haushalte über gerade mal ein Prozent verfügt. Bei den Einkommen sieht es nicht besser aus: Fast jede/r vierte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor; 7,6 Millionen Menschen (9,3Prozent der Bevölkerung) bekommen staatliche Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums. Das Armuts- und Ungerechtigkeitsproblem betrifft seit langem auch die Mittelschicht und Menschen, die trotz Arbeit arm sind. Erwerbsarbeit führt für viele Menschen nicht mehr dazu, dass sie ihren Lebensunterhalt von ihrer Arbeit bestreiten und sich dadurch dauerhaft sozial absichern. Die Folge ist eine wachsende Zahl von Working Poor.

Frauen haben größeres Armutsrisiko

Frauen sind oftmals anders und härter betroffen als Männer. Für Frauen besteht ein höheres Armutsrisiko, weil sie ungleich entlohnt werden, geringere Aufstiegschancen haben und in Branchen und Berufen arbeiten, die deutlich geringer vergütet werden. Hinzu kommt, dass unbezahlte Arbeit wie Familien-, Pflege-, Hausarbeit und Kindererziehung immer noch ungerecht auf die Geschlechter verteilt ist und in der Hauptsache von Frauen erledigt wird. Die Abnahme existenzsichernder Arbeitsplätze auf der einen Seite und die Orientierung der Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik an einem Familienmodell, das Männer als Haupternährer und Frauen als Zuverdienerinnen und Anhängsel von Männern (u.a. beim Ehegattensplitting oder Hartz IV/Bedarfsgemeinschaften) auf der anderen Seite vorsieht, verdrängt seit Jahren Frauen aus dem regulären Arbeitsmarkt und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Frauen arbeiten häufiger im Niedriglohnsektor und verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Mit zunehmendem Alter steigen diese Einkommensunterschiede auf bis zu 30 Prozent. Der Gender Pay Gap in Höhe von 22 Prozent ist ein Faktum und die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft hat nichts bewegt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und damit der Grundsatz der Gleichbehandlung von Frauen, zu dem der Staat durch das Grundgesetz und europäisches Recht verpflichtet ist, muss gesetzlich durchgesetzt werden.

Gegenwärtig arbeiten in Deutschland so viele Frauen wie nie zuvor; die Erwerbsbeteiligung ist in den letzten Jahren zwar auf 66,2 Prozent angewachsen. Nicht gestiegen ist hingegen das von Frauen geleistete Arbeitsvolumen insgesamt. Die erhöhte Erwerbstätigkeit der Frauen ist mit einer Umverteilung der Erwerbsarbeit unter Frauen einhergegangen, was in Wahrheit einer Stagnation entspricht.

Frauen häufiger in Minijobs

Ein Grund dafür ist die überdurchschnittlich hohe Teilzeitquote von Frauen in Deutschland. Ein weiterer Grund ist, dass der Zuwachs von Arbeitsplätzen für Frauen in den letzten Jahren fast ausschließlich auf Teilzeitarbeit und Minijobs zurückzuführen ist.

Minijobs sind auch die Kehrseite des Ehegattensplittings und der beitragsfreien Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Weil sie weder besteuert werden noch zu versichern sind, werden sie von Frauen häufig als Möglichkeit zum Zuverdienst genutzt. Sie führen in der Regel nicht in eine sozialversicherungspflichtige und damit existenzsichernde Beschäftigung. Im Gegenteil: Sie schaffen Anreize für einen beruflichen Ausstieg oder die deutliche Reduzierung der Erwerbstätigkeit und sollten sozialverträglich abgeschafft werden. Langjährige Minijobs führen zur Altersarmut: Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bekäme ein/e Minijobber_in, die ein Jahr lang arbeitet, eine monatliche Rente von 3,11 Euro. Nach 45 Versicherungsjahren würde der Anspruch auf Altersgeld 139,95 Euro im Monat betragen. Durch die schlechtere Bezahlung und die geringeren Arbeitszeiten erhalten Frauen bereits heute deutlich niedrigere Renten als Männer. Der Gender Pension Gap ist mit knapp 60 Prozent fast dreimal so hoch wie der Gender Pay Gap. Die Altersarmut für Frauen wird damit in den nächsten Jahren deutlich zunehmen.

Migrantinnen sind in besonderer Weise betroffen

Während die Erwerbstätigenquote von deutschen Frauen im Verlauf der letzten Jahre kontinuierlich angestiegen ist, liegt sie bei Migrantinnen auf einem niedrigen Niveau von 53 Prozent. Die mit Abstand niedrigste Erwerbstätigenquote verzeichnen inzwischen türkische Frauen mit unter 35 Prozent. Das war nicht immer so: Im Zuge der Wiedervereinigung gab es einen Strukturwandel in Berlin, der die Stadt rund 300.000 industrielle Arbeitsplätze kostete. Von dieser Entwicklung waren insbesondere sogenannte „Geringqualifizierte“, zu einem erheblichen Teil Migrantinnen und Migranten, betroffen, die als Arbeitskräfte angeworben in der Industrie arbeiteten. Den Betroffenen wurden mit der eintretenden Erwerbslosigkeit kaum Angebote zur Beratung und beruflichen Weiterbildung, Umschulungen etc. angeboten. Die Folge war Langzeiterwerbslosigkeit, die viele dieser Frauen dazu zwang, einen Minijob anzunehmen, um überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können.

Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft und existenzsichernde Einkommen, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können.Wenn wir Armut bekämpfen wollen, ist die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Zurückdrängung von prekärer Beschäftigung absolut notwendig.

Die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss endlich abgeschafft werden. Gleicher Lohn für beide Geschlechter für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gesetzlich durchgesetzt werden. Die Geringfügige Beschäftigung sollte eingedämmt, der Einstieg in sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Erwerbsarbeit erleichtert werden.

Fatoş Topaç,
Bezirksverordnete

Nachruf

Der Tod von Rosemarie F.
Eine Mahnung für uns alle

Der Tod der Rentnerin Rosemarie F., die zwei Tage nach der Zwangsräumung ihrer Wohnung in Reinickendorf verstarb, ist kein tragischer Unfall. Der Fall zeigt deutlich, dass die unbedingte Durchsetzung von Eigentumsrechten bisher einen zu hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat.

Der Tod von Rosemarie F. führt erschreckend vor Augen, welche Folgen es haben kann, wenn Menschen ihrer Wohnung und damit ihres letzten Halts beraubt werden. Ohne die genaue Ursache für den Tod von Rosemarie F. zu kennen, kann man wohl davon ausgehen, dass der Rentnerin nach ihrer Räumung der Lebensmut verloren ging. Die Unnachgiebigkeit, mit der die Räumung der 67jährigen schwerbehinderten Frau betrieben und schließlich durchgesetzt wurde - obwohl das Bezirksamt bereit war, die Mietschulden zu begleichen - macht angesichts dieser Tatsache besonders betroffen.

Laut dem „Bündnis gegen Zwangsräumungen“ wurde der schwerbehinderten Rentnerin wegen Mietrückständen gekündigt. Die Mieten seien vom Amt für Grundsicherung übernommen worden, wegen Klinikaufenthalten und Eigentümerwechseln aber verspätet eingetroffen. Gerichte hatten zuvor bereits zwei Räumungstermine gegen Rosemarie F. aufgeschoben, um „unbillige Härten“ zu prüfen. Ein ärztliches Attest wurde zwar eingereicht, aber die Gerichte hatten ein fachärztliches Gutachten gefordert. Die Behörden bzw. Gerichte haben es also augenscheinlich versäumt, die psychische und gesundheitliche Lage von Rosemarie F. ernst zu nehmen.

Gedenkmarsch für Rosemarie Fliess *Foto: Melanie Zagrean*

Schnelles Handeln ist nötig

Der Tod von Rosemarie F. ist aber auch eine Mahnung an uns alle, Maßnahmen und Systeme zu entwickeln, die es ermöglichen, Menschen, die von einer Zwangsräumung bedroht sind, ernsthaft und effektiv zu beraten und vor unzumutbaren Härten zu schützen. Angesichts der sich immer weiter verschärfenden Wohnungsnot und schnell steigender Mieten in unserer Stadt ist schnelles Handeln geboten. Der Schutz der Menschen und ihrer Wohnung muss im Zweifelsfall vor der Durchsetzung von Eigentumsinteressen rangieren. Dafür brauchen wir Frühwarnmechanismen und bessere Beratungsangebote, damit die Betroffenen frühzeitig um Hilfe bitten.

Laut „Bündnis gegen Zwangsräumungen“ kommt es zu bis zu 30 Räumungen monatlich. Damit muss Schluss sein! Schon lange fordern wir deshalb ein Moratorium für Zwangsräumungen, bis die Höhen der staatlich gezahlten Miet- und Heizkostenzuschüsse den wirklichen Gegebenheiten auf dem Berliner Wohnungsmarkt angepasst werden. Auch die Mietschuldenübernahmen der Bezirke nehmen stetig ab, trotz steigendem Bedarf. Diesem Problem müssen wir uns intensiver stellen.

Besonders unverständlich sind in diesem Zusammenhang die Eskalationen der Polizei auf dem Trauermarsch und der folgenden Trauer-Demonstration. Auf diesen Versuch der Kriminalisierung berechtigter Proteste gegen die zunehmende Verdrängung durch Zwangsräumungen darf es nur eine Antwort geben: Es müssen sich noch mehr Menschen an den Demonstrationen beteiligen!

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Anti-Korruption
Sag es heimlich

Der Berliner Vertrauensanwalt zur Korruptionsbekämpfung, Rechtsanwalt Christoph Partsch, berichtete im Abgeordnetenhaus von seiner Arbeit. Er ist seit anderthalb Jahren vom Senat eingesetzt. Seine Stelle geht zurück auf einen Grünen Antrag aus dem Jahr 2008.

Alle Experten sind sich einig, dass es zur Korruptionsbekämpfung anonymer Hinweise bedarf. Deshalb beantragte die Grüne Fraktion bereits 2008 die Einrichtung eines Vertrauensanwalts, der diese Hinweise entgegen nimmt (Drs. 16/1592). Nach jahrelanger Diskussion im Abgeordnetenhaus wurde der Antrag im Juli 2010 angenommen. Danach dauerte es weitere anderthalb Jahre bis die Stelle eingerichtet und mit Rechtsanwalt Christoph Partsch besetzt wurde. Er beschäftigt sich bereits seit Mitte der 90er Jahre mit Korruption, damals für die Treuhandanstalt. Dort war er unter anderem mit dem Vorgang elf aquitaine befasst, der Kreise bis ins Bundeskanzleramt zog. Daneben ist die Informationsfreiheit ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit.

Erste Erfahrungen

Bisher gingen bei Vertrauensanwalt Partsch rund 150 Mitteilungen über Korruptionsverdacht ein, berichtete er auf Einladung der Grünen Fraktion. Die Kontaktaufnahme erfolge zu gleichen Teilen per Telefon oder E-mail. Von den Eingängen beurteilte Rechtsanwalt Partsch rund 10 % als „hochinteressant“. Einige Meldungen betrafen allgemeine Schwierigkeiten, bei denen die Betroffenen den Begriff Vertrauensanwalt als „Kummerkasten“ missverstanden. Rechtsanwalt Partsch plädiert deshalb zur Klarstellung für eine Umbenennung in Anti-Korruptions-Anwalt. Teilweise würden empfundene Ungerechtigkeiten geschildert, die unter keinem Gesichtspunkt strafrechtlich relevant seien. Mit seiner Tätigkeit erfülle er nach eigenem Bekunden eine wichtige Filterfunktion für die interne Revision und die Staatsanwaltschaft, denen nur einschlägige und aufbereitete Informationen zugeleitet würden.

Nach einem Gespräch mit Rechtsanwalt Partsch gäben fast alle Mitteilungsgeber ihre Anonymität auf. Dies beruhe häufig darauf, dass er die möglichen Folgen einer Preisgabe im Detail schildere und die Betroffenen daraufhin ihre etwaigen Befürchtungen zerstreut sähen.

Anonymität wird häufig aufgegeben

Partsch wünscht sich eine größere Bekanntheit seiner Funktion. Bedauerlich sei, dass jene Verwaltungen, die am Ehesten betroffen sind, wie die Bauverwaltung, Verwaltungen mit vielen Beschaffungsvorgängen oder auch der Berliner Immobiliendienstleister in ihrer Außenkommunikation keinen Hinweis auf seine Tätigkeit aufnähmen, jene mit weniger Korruptionsanfälligkeit aber sehr wohl. Die Kooperation mit den Innenrevisionen und der Staatsanwaltschaft, denen weiterhin die Ermittlung und Verfolgung obliegen, funktioniere sehr gut. Im weiteren Gespräch wurde auf den Anti-Korruptionsbeauftragten in Schleswig-Holstein verwiesen, der jährlich öffentlich Bericht erstatte, was regelmäßig medialen Widerhall fände.

Für die Zukunft sind weiterhin Anstrengungen darauf zu richten, möglichst viele Informationen zu korruptiven Beziehungsgeflechten zu erhalten. Die überraschende Mitteilung von Justizsenator Heilmann (CDU) vom letzten Jahr - Berlin habe keine Probleme mit Korruption - erscheinen in diesem Zusammenhang schönfärberisch.

info@vertrauensanwalt.com
www.Vertrauensanwalt.com

Dirk Behrendt,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Rechtspolitischer Sprecher

East Side Gallery - Das Problem ist die Bebauung

Spätestens seit dem erfolgreichen Bürgerentscheid von 2008 ist klar, dass die Bevölkerung die geplante Bebauung ablehnt. Dem Berliner Senat ist das egal.

Die Proteste gegen die Bebauung des Uferstreifens zwischen East Side Gallery und Spree sowie gegen die damit verbundene Versetzung von Mauerstücken reißen nicht ab. Mittlerweile haben über 85.000 Menschen eine Petition an den Senat unterschrieben, die einen Verzicht auf die Bebauung fordert.

Damit erneuern die UnterzeichnerInnen der Petition zusammen mit den tausenden TeilnehmerInnen der Demonstrationen der letzten Monate die Forderung des erfolgreichen Bürgerentscheids aus dem Jahr 2008, in dem 87% gegen eine Bebauung des Spreeufers stimmten.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg stimmte seit letztem Sommer gleich mehrfach mit überwältigenden Mehrheiten für grüne Anträge, die die Verhinderung der Bebauung zum Ziel haben (Drucksachen DS/0345/IV, DS/0635/IV und DS/0649/IV).

Leider beeindrucken diese Willensbekundungen aus Bevölkerung und Bezirk den Berliner Senat offenbar überhaupt nicht. Klaus Wowereit hält weiterhin an der „kleinen Lösung“ fest, die aber keine ist. Die Einschnitte in die Mauer sollen auf das Nötigste reduziert werden, die Bebauung soll jedoch in jedem Fall kommen.

Umstrittener Mauerdurchbruch in der Eastside-Gallery *Foto: ck*

Bebauung führt zu Zerschneidung und Degradierung der East Side Gallery

Dabei ist der Verzicht auf das Hochhaus und den geplanten Gebäuderiegel der einzig richtige Ansatz. Nicht nur um den erfolgreichen Bürgerentscheid umzusetzen, sondern ebenfalls um die East Side Gallery zu erhalten. Denn wie auch der Regierende Bürgermeister Wowereit mittlerweile feststellen musste, führt die Bebauung zwangsläufig dazu, dass Mauerstücke herausgenommen und versetzt werden müssen, um die Erschließung der Baugrundstücke zu ermöglichen. Auf diese Erschließung ihrer Grundstücke haben die Bauherren einen aus dem Baurecht resultierenden Rechtsanspruch.

Ganz abgesehen davon, dass die massive Bebauung auf dem ehemaligen Todesstreifen die East Side Gallery zu einer Vorgartenmauer des 150 Meter langen Betongebirges degradieren wird (siehe Bild). Darüber hinaus werden so die beiden bereits existierenden Parks am Spreeufer rechts und links der Baugrundstücke zerschnitten. Die einzige echte Lösung um das alles zu verhindern wären Tauschgrundstücke, wie es die BVV Friedrichshain-Kreuzberg auf Antrag der grünen Fraktion mit allen Stimmen - außer denen der CDU - gefordert hat, und die Festsetzung einer Grünfläche.

Chance zur Lösung im Herbst 2012 von Senat abgelehnt

Im August 2012 stellte die grüne BVV-Fraktion Friedrichshain-Kreuzberg den Antrag, den geltenden Bebauungsplan zu ändern, um die Baugrundstücke von Hochhaus und Gebäuderiegel als Grünflächen festzusetzen und so den Uferpark zu vervollständigen. Dazu sollten mit dem Senat Verhandlungen über Kompensation oder Tauschgrundstücke aufgenommen werden. Der BVV-Beschluss erfolgte am 26. September; der Aufstellungsbeschluss zum neuen Bebauungsplan am 31. Oktober 2012. Der Senat musste um Hilfe gebeten werden, weil der Bezirk weder über Tauschgrundstücke, noch über die Millionen Euro für eine etwaige Entschädigung verfügt.

Auf die entsprechende Anfrage des Bezirksamtes beim Senat antwortete nach einigen Wochen Finanzsenator Nußbaum (parteilos für SPD): Er erklärte, es gebe kein gesamtstädtisches Interesse und deshalb auch weder Tauschgrundstücke noch Geld zur Entschädigung. Daraufhin verkaufte der damals tauschbereite Eigentümer des Hochhausgrundstücks an den Investor Hinkel, der das vom Senat im Jahr 2001 geschaffene Baurecht jetzt umsetzt. Die Chance war vertan.

Was bleibt, ist möglichst großer öffentlicher Druck, um den Regierenden Bürgermeister Wowereit umzustimmen und ihn doch noch davon zu überzeugen, sich möglichst schnell und mit allen verfügbaren Mitteln gegen eine Bebauung einzusetzen.

Bezirk hat das Baurecht geerbt

Das Baurecht für die fraglichen Gebäude hat der Bezirk geerbt und wird es seit Anfang der 2000er Jahre nicht los. Damals wurde es auf Anweisung des Senats unter Bausenator Strieder (SPD) erteilt und kann leider nur mit Hilfe des Senats wieder aus der Welt geschafft werden. Denn nur der Senat verfügt entweder über die Mittel, die Grundstückseigner für den Verlust von Baurecht zu entschädigen oder über Grundstücke, die ihnen zum Tausch angeboten werden könnten. Wer sich genauer darüber informieren möchte, wie es zur heutigen Situation kam, findet unter http://gruenlink.de/gpl eine Chronologie zur East Side Gallery, die die Geschichte des Baurechts seit 1992 nachzeichnet.

Andreas Weeger, Bezirksverordneter

Silvio-Meier-Straße würdigt Friedrichshainer Antifaschisten

Es ist soweit: Friedrichshain hat eine Silvio-Meier-Straße. Zwei Jahrzehnte nach der Ermordung von Silvio Meier durch Neonazis wurde im Gedenken an den DDR-Oppositionellen, Hausbesetzer und Antifaschisten die Gabelsberger Straße in Silvio-Meier-Straße umbenannt. In Anwesenheit der Familie, von Freunden und Weggefährten fand am 26. April die feierliche Umbenennung statt.

Über 20 Jahre sind seit der schrecklichen Tat mittlerweile vergangen. Am 21. November 1992 wurde der damals 27-jährige Silvio Meier auf dem U-Bahnhof Samariterstraße im Verlauf eines Streits von Neonazis erstochen. Der 1965 in Quedlingburg geborene Aktivist war jemand, der nicht einfach wegschauen konnte und eingreifen musste, sobald es um Ungerechtigkeit und menschenfeindliche Einstellungen ging.

In den letzten Jahren der DDR zählte Meier zu den Mitbegründern der oppositionellen „Offenen Arbeit“ in der evangelischen Kirche, war in der Ostberliner Umweltbibliothek engagiert und organisierte als Mitglied einer Gruppe von jungen Punks 1987 das illegale „Element of Crimes“-Konzert in der Zionskirche, das von rechtsextremen Skinheads überfallen wurde.

Im wiedervereinten Berlin widmete er sich, nun in der Friedrichshainer Hausbesetzerszene aktiv, umso intensiver dem Kampf gegen Rechts. 1992 musste er seinen Mut mit dem Leben bezahlen.

Initiativen für ein würdiges Gedenken

Seitdem haben sich, zusammen mit der „Initiative für ein aktives Gedenken“, zahlreiche Aktivist*innen für das Gedenken an Silvio Meier eingesetzt. Alljährlich findet am Todestag im November an der Gedenktafel am U-Bahnhof Samariterstraße eine Mahnwache statt und am Wochenende darauf, mit Tausenden Teilnehmer*innen, die große Silvio-Meier-Demo.

Der Name Silvio Meier steht in Friedrichshain-Kreuzberg als Symbol für den Kampf gegen Rechts. Für einen Kampf, der bis heute leider nichts an seiner Bedeutung verloren hat. Denn noch immer gehört Meiers damalige Wahlheimat Friedrichshain zu den Berliner Bezirken mit der höchsten Zahl rechtsextremer Gewalttaten.

Mehrheit votiert für die Umbenennung

Damit bleibt das Thema im Kiez, und es ist deshalb nur folgerichtig, dass der Ort für das Gedenken an Silvio Meier im Kiez auch weithin sichtbar sein muss. Diese Forderung der „Initiative für ein aktives Gedenken“ hat die BVV Friedrichshain-Kreuzberg mit einem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Linksfraktion aufgegriffen.

Auf einer öffentlichen Versammlung im April 2012 diskutierten die Bürger*innen anschließend die verschiedenen Vorschläge für ein würdiges Gedenken und gaben ein Votum ab. Das Votum war eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit der Anwesenden sprach sich für die Umbenennung der nahe dem Tatort gelegenen Gabelsbergerstraße aus. Bezirksparlament und Bezirksamt folgten dem Bürger*innenwillen und beschlossen im Mai 2012 die Umbenennung der Gabelsberger- in Silvio-Meier-Straße.

Endlich kommt die Umbenennnung

Die Klage eines Anrainers dagegen wurde im März zurückgezogen, und der Umbenennnung stand nichts mehr im Wege. Am 26. April konnten an der Einmündung der Gabelsberger- in die Rigaer Straße in Anwesenheit der Familie, von Freunden, Weggefährten und vielen Aktivist*innen die Straßenschilder mit dem Schriftzug Silvio-Meier-Straße enthüllt und der neue Straßenname eingeweiht werden.

Mit der Umbenennung der Gabelsbergerstraße in Silvio-Meier-Straße wird Silvio Meier posthum für sein kontinuierliches Engament gegen jede Form menschenfeindlicher Einstellungen geehrt, im Namen auch aller bis heute noch namenlosen Opfer von rechter Gewalt.

Kristine Jaath, Bezirksverordnete

Bezirk bei Unfällen vorn

Nach wie vor kracht es auf den Straßen in Friedrichshain-Kreuzberg besonders häufig. Leidtragende sind vor allem FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

Auch im Jahr 2012 galt: Wer in Friedrichshain-Kreuzberg zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs ist, lebt besonders gefährlich. Vor allem die Zahlen zu Unfällen mit Radfahrbeteiligung sind alarmierend: Von den sieben Hauptunfallschwerpunkten in Berlin liegen fünf in Friedrichshain-Kreuzberg. Am gefährlichsten radelt es sich am Moritzplatz, rund um die Oberbaumbrücke und am Kottbusser Tor. Hier waren 2012 insgesamt jeweils 17 RadfahrerInnen an Unfällen beteiligt. Danach folgen das Frankfurter Tor und die Blücherstraße/Zossener Straße (jeweils 13 beteiligte RadfahrerInnen). Insgesamt passierten rund 14 % aller Verkehrsunfälle mit Radfahrbeteiligung in Friedrichshain-Kreuzberg.

Vorsicht Rechtsabbieger

Etwa die Hälfte der Unfälle gehen dabei auf das Konto der RadfahrerInnen selbst, wobei sie in jedem Fall die Leidtragenden sind: Kommt es bei einem Unfall zu Verletzungen, so sind in 90 % der Fälle RadfahrerInnen die Versehrten. Interessant ist, dass die falsche Benutzung von Fahrbahnen der häufigste Grund von durch RadfahrerInnen verursachte Unfälle ist. Die kürzlich angehobenen Bußgelder werden da wenig ändern. Einzig sinnvolle Maßnahme ist hier der Ausbau von Radwegen und RadfahrerInnen als Verkehrsteilnehmer*innen im ordnungsrechtlichen Alltag konsequent mitzudenken. Also: keine zugeparkten Radwege zulassen und z.B. bei Baustellen auch Umleitungen für Fahrräder anlegen. Nach wie vor am gefährlichsten sind rechtsabbiegende Autos: Dies ist die häufigste Unfallursache bei von Pkw verschuldeten Unfällen. Da der Schulterblick nach wie vor vielen Autofahrern schwer zu fallen scheint, wäre eine Möglichkeit, an gefährlichen Kreuzungen eine Geradeausspur für RadfahrerInnen links der Rechtsabbiegerspur für Autos anzulegen.

Untätige Unfallkommission

Die Unfallkommission des Landes Berlin hat im Jahr 2012 keinen einzigen Unfallschwerpunkt aus Friedrichshain-Kreuzberg behandelt. Die Gründe dafür sind unklar, sieht sich die Kommission doch vor allem für solche Unfallschwerpunkte zuständig, wo FußgängerInnen und RadfahrerInnen als „schwächste“ VerkehrsteilnehmerInnen gefährdet sind. Immerhin hat nun die Sanierung der Hochbahn zwischen Kottbusser Tor und Prinzenstraße und damit verbunden der Umbau des Kottbusser Tors begonnen. In diesem Zusammenhang sollen auch endlich Radstreifen in der Gitschiner Straße angelegt werden. Damit dies nicht die einzige verkehrssichernde Maßnahme bleibt, hat die BVV auf Antrag der Grünen beschlossen, dass das Bezirksamt nun selbst Vorschläge machen soll, wie Unfallschwerpunkte entschärft werden können. Die Vorschläge und ihre Umsetzungsmöglichkeiten, z.B. Fragen der Finanzierung sollen dann im Fachausschuss diskutiert werden. Und perspektivisch natürlich umgesetzt werden.

Jonas Schemmel, Bezirksverordneter

Rund ums Bezirksparlament

Verfahren für Projektehaus gestartet

Auf dem Gelände der ehemaligen Schule in der Reichenberger Straße soll ein Projektehaus mit den Schwerpunkten Soziales, Bildung und Kultur entstehen. Das Schulgebäude war im Herbst 2012 von Flüchtlingen, die am Kreuzberger Oranienplatz gegen das deutsche Asylrecht protestieren, besetzt worden. Das Bezirksamt hatte ihnen daraufhin eine Kältehilfe für die Wintermonate zugesichert. Ein breit angelegtes Bürgerbeteiligungsverfahren soll nun über die Nachnutzung des Gebäudes entscheiden.

Die öffentliche Auftaktveranstaltung, bei der rund 45 eingegangene Projekte in Form von Kurzdarstellungen vorgestellt wurden, fand Ende März statt. Ende April soll in einer öffentlichen Workshopwoche gemeinsam mit allen Interessierten, AnwohnerInnnen und BewerberInnen der optimale Nutzungsmix diskutiert werden. Dieses Meinungsbild geht im Anschluss als Beschlussfassung an das Bezirksparlament.

Im Herbst 2012 hatten wir das Bezirksparlament aufgefordert, zu prüfen, ob ein Gebäudekomplex in Bezirkshand als Projektehaus ausgewiesen werden könnte. Hintergrund waren steigende Mieten und die daraus resultierende drohende Verdrängung zahlreicher Projekte und Initiativen. Im Februar 2013 hatte das Bezirksparlament einen Verfahrensvorschlag für das Bürgerbeteiligungsverfahren verabschiedet.

Bürgerbeteiligung auf dem Freudenbergareal

Wir fordern, AnwohnerInnen und Interessierte in die Neugestaltung des ehemaligen Freudenbergareals in Friedrichshain einzubinden. Unser Antrag von Februar beauftragt das Bezirksamt, gemeinsam mit dem Verein „Travekiez Ostkreuz“ öffentliche Fachgespräche zu führen. „Die Neuplanung des Geländes birgt einen klassischen Zielkonflikt“, sagt Bürgermeister Franz Schulz.

„Mehr Grün- und Freiflächen führen leider zu weniger Wohnraum – und damit auch zu weniger bezahlbarem Wohnraum.“ Beides fehlt im Friedrichshainer Südkiez.

„Wir wollen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern die unterschiedlichen Bedürfnisse diskutieren und den bestmöglichen Kompromiss finden“, sagt Susanne Hellmuth, Mitglied des Stadtplanungsausschusses. Es müsse aber klar sein, dass die unterschiedlichen Wünsche nur schwer vereinbar seien und deshalb bei den Gesprächen, die ab April stattfinden werden, keine einfache Lösung erwartet werden könne.

Zwangsräumung: „Kosten für Polizeieinsatz sind herausgeschmissenes Geld“

Gemeinsam mit hunderten weiteren Demonstranten hat unsere Fraktionssprecherin Paula Riester Mitte Februar versucht, die Zwangsräumung der Wohnung von Familie Gülbol friedlich zu verhindern. Dies gelang nicht, da sich die Gerichtsvollzieherin – abgeschirmt durch einen Polizei-Großeinsatz – über ein anderes Haus und den Hinterhof Zugang zum Haus verschaffte und die Zwangsräumung vollzog.

Wir verurteilen das Vorgehen der Polizei. „Es ist völlig übertrieben, dass mehrere hundert Polizisten und ein Polizeihubschrauber eine Gerichtsvollzieherin begleiten müssen“, sagt Paula Riester. Wir hatten uns bereits im Vorfeld mit Familie Gülbol solidarisiert und sind Unterzeichner der Solidarisierungserklärung des Bündnisses „Zwangsräumung verhindern“. „Trotz des Rückschlages werden wir uns auch weiterhin für die Familie und andere von Zwangsräumung bedrohte Menschen einsetzen“, so Riester.

kb

Kiezwandler SO36

Seit 2006 sind weltweit zahllose Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen entstanden, nach aktuellen Angaben gibt es mittlerweile über 450 Gemeinden und Städte, die zu „offiziellen“ Transition Towns (etwa „Stadt im Wandel“) gehören. Die größte Anzahl von Initiativen findet sich im Vereinigten Königreich von Großbritannien, da hier die Bewegung ihren Anfang nahm. Mit Ausnahme Afrikas gibt es jedoch auf jedem Kontinent mindestens eine lokale Initiative. Sie gestalten im Rahmen der Transition-Town-Bewegung den Übergang der Gesellschaft in eine postfossile Wirtschaft. Ein Interview mit Rahel Schweikert.

Stachel: *Seit wann gibt es KiezwandlerInnen/Transition Town in Berlin? Was macht Eure Initiative und was macht sie besonders?*

Rahel Schweikert: In Berlin gibt es bereits seit 2008 eine Gruppe von Menschen die sich in ihrem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bzw. in den Kiezen rund um den Görlitzer Park in Kreuzberg SO36 für eine nachhaltige Lebensweise und Kiezkultur stark macht. Resilienz bedeutet dabei so viel wie die Widerstandsfähigkeit einer lokalen Gesellschaft gegenüber externen Störungen, so wie z.B. dem Klimawandel bzw. einem möglichen Versorgungsdefizit ausgelöst durch den Erdölmangel.

Was sind Eure aktuellen Projekte? Eure Ziele für 2013?

Das kann ich unter 3 Hauptpunkten zusammenfassen.

1) Solidarische Ökonomie: Dafür steht der „Weltraum“ - Nachbarschaftsladen für nachhaltige Alltagskultur in der Ratibor Str. 4. Er ist solidarökonomisch und gemeinwohlorientiert, d. h. möglichst geldunabhängig und selbstfinanziert, er kommt ohne Fördergelder aus. Und er ermöglicht Begegnungen über soziale und kulturelle Grenzen hinweg. Außerdem ist er ressourcen- und energiesparend, und respektvoll gegenüber Mensch und Mitwelt.
2) Ressourcen teilen: Dazu gehören eine nachhaltige Bibliothek, gemeinsame Waschmaschinen, die Idee, Werkzeug zu teilen, sowie eine Schenkkiste vor der Ladentür und ein Lastenradverleih.
3) Unser Görli, Obstbäume im Görlitzer Park und solidarische Landwirtschaft

Unser Ziele dabei sind: Bewusstseinsbildung, mehr Wirkung im Kiez, Etablierung eines Kieztreffs für Nachhaltigkeit, für Self-Empowerment. Es geht darum, selber zu denken, die Dinge selber zu machen, und neue Möglichkeiten der nachhaltigen, regionalen Selbstorganisation und -versorgung zu erforschen und auszuprobieren.

6. April 2013: Dritte Obstbaumpflanzung im Görlitzer Park.
Dazu Rahel Schweikert: „Damit schließen wir die Gestaltung der Obstwiese am Rondell ab, die jetzt 26 Obstbäume – alles unterschiedliche alte Sorten – beherbergt. Die zukünftige Ernte ist frei für alle. AnwohnerInnen kümmern sich seit zwei Jahren regelmäßig um die Bäume, gießen sie zwei bis dreimal wöchentlich, beschneiden sie, wenn nötig, machen sie winterfest und bessern hier und da Macken an den Schutzgerüsten aus. Wir wollten ein„Gemeingut“ schaffen, eine gemeinsam genutzte öffentliche Fläche, für die wir alle gemeinsam sorgen und die wir in gegenseitiger Achtung alle nutzen können. Wir glauben, dass es für eine zukunftsfähige Gesellschaft für alle dringend darum gehen muss, dass Nachbarschaften wieder Gemeinschaften werden – über soziale und kulturelle Unterschiede hinweg sich an gemeinsamen Orten wirklich begegnen und füreinander Verständnis aufbringen. Gemeingut ist ein unschätzbares Gut, und wir alle sollten uns darum kümmern und dafür kämpfen, dass es uns erhalten bleibt.“

Foto: Bernadette Hauke

Wie sind Eure Erfahrungen mit den Reaktionen auf Eure Initiative?

Wir beobachten eine große Pressewirkung. Und auch großes Interesse von Nachbarn an Solidarischen Landwirtschaft, ebenso an Obstbäumen im Görli. Es ist ein loses aber dauerhaftes soziales Netzwerk mit direkten Nachbarn entstanden – vom Zeitung bringen über Schwätzchen halten bis zum Austausch über tagespolitische Themen im Kiez.Wir erleben aber auch Kritik aus den Reihen der Gentrifizierungsgegner, die uns vorwerfen, dass wir mit unserer Arbeit das Ansteigen der Mieten provozieren.

Welche Mitmachmöglichkeiten gibt es bei Eurer Initiative?

Eine ganze Menge: Unterstützung bei Aufbau und Pflege einer nachhaltigen Infrastruktur, die Pflege der Webseite, den Nachbarschaftsladen WELTRAUM. Man kann helfen im Büro, bei der Organisationsstruktur und der Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Möglichkeiten gibt es in der Bibliothek , beim Ressourcenverleih. Oder ihr könnt Werkzeug spenden, das ihr nicht mehr braucht. Und natürlich kann man die gesamte Infrastruktur auch finanziell unterstützen. Oder selber aktiv werden und dafür den WELTRAUM nutzen.

Wie kann man sich informieren über Eure Arbeit?

Es gibt Flyer, und ein nationales Netzwerk: *transition-initiativen.de*. Darüber hinaus gibt es auch ein internationales Netzwerk, zu finden unter transitionnetwork.org. Man kann aber auch mit uns ins Gespräch kommen, über unsere Webseite ***www.transitiontown-friedrichshain-kreuzberg.de/so36***

Ist die Initiative „KiezwandlerInnen“ in internationalen Netzwerken tätig?

Wir beteiligen uns sowohl an dem sich formierenden Netzwerk „Transition Town Berlin-Brandenburg“, als auch an der Umgestaltung des deutschlandweiten Netzwerkes. Aber wir haben uns entschieden, der Arbeit vor Ort den Vorrang zu geben. Alles andere wollen wir langsam wachsen lassen - wie die Obstbäume.

Interview:
Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Nachruf

Ritter des GAGA

Für Dietmar

Dietmar Lingemann *Foto: ck*

In Vorbereitung der Bezirksfusion zwischen Kreuzberg und Friedrichshain gab es an einem Sonnabend im Herbst 1999 im Ballsaal des Cafés in der Knorrstraße ein Treffen der damaligen BVV-Fraktionen von Bündnis Friedrichshain, den Kreuzberger Grünen und aktiven ParteimitgliederInnen. Wir saßen um einen großen Tisch in Riesendesignerstühlen aus Metall. Das ganze hatte den Charme einer modernen Ritterrunde. Doch von der gemeinsamen Suche nach dem „heiligen“ Gral waren wir noch weit entfernt. Linke Ideale West prallten auf realsozialistisch geprägte Ostsozialisation: Häuserkampf, 1. Mai, K-Gruppe, verkehrsberuhigte Zone, Nutella, Multikulti - Manöver Schneeflocke, Kalle-Malle - Zuckerbäckerstil, Rotkäppchensekt, operativer Vorgang, Ampelmännchen, Diktatur des Kapitals – sozialistische Planwirtschaft. Eine Runde wie geschaffen für Dietmar, “dem ausgebufften Strategen, dem immer auch das Spielerische, die Lust am Taktieren und Fabulieren eigen war. Egal ob Oberrealos oder Altlinke, ganz zu schweigen von der politischen Konkurrenz – Dietmar konnte jeden, den er als politischen Irrläufer identifiziert hatte besinnungslos debattieren. Trotzdem wurde er geschätzt und bewundert, denn echte Feinde hatte er, abgesehen von der Redezeitbegrenzung, in der Politik keine.“ In der Folge des Treffens gab es die Verabredung, dass wir in Friedrichshain auch einen GA, einen Geschäftsführenden Ausschuss gründen, bis dahin gab es nur zwei SprecherInnen der zahlenmäßig viel kleineren Bezirksgruppe Friedrichshain. Beide GAs tagten dann regelmäßig gemeinsam und bereiteten den Zusammenschluss der beiden Kreisverbände vor. Und damit gab es dann den „GAGA, an dessen Wortfindungsprozess Dietmar seine helle Freude hatte. Ein anderes typisches Dietmar-Wort war „finalisieren“ - „das müssen wir jetzt mal finalisieren“ - meist verbunden mit einem erleichterten Aufatmen aller Beteiligten, die schon längst der Meinung waren, alle Für und Wider, Unwägbarkeiten und Varianten ausgiebig diskutiert zu haben. Dietmar liebte es, Dingen auf den Grund zu gehen, Thesen auf den Kopf zu stellen, längst beschlossenes in Frage stellen, Wirkungen und Folgen vorauszudenken. Es gab immer etwas „besser zu machen“, zu professionalisieren, sei es die Organisation der Geschäftsstelle, der erste Mai, Bezirksgruppensitzungen, Wahlkampf. Besonders „finalisiert“ ist ihm dies als Wahlkampforganisator 2002 gelungen, als Ströbele sein erstes Direktmandat gewann. Mit seinem oder Ströbeles Auto war Dietmar in ständigem Wahlkampfeinsatz. Ich denke, dass Dietmars Wirken in der Bezirksgruppe und im GA einen nachhaltigen Anteil daran hat, dass die Bezirksgruppe Friedrichshain-Kreuzberg heute so gut aufgestellt ist. Für den bevorstehenden Bundestags-Wahlkampf kann er Ströbele und Lisa nicht mehr beratend zur Seite stehen. Viele seiner Ideen jedoch werden in der LAG Wirtschaft und in der Arbeit im Bundestag umgesetzt und weiterentwickelt. Ich habe Dietmar in meiner langjährigen Arbeit im GA als aufrechten und warmherzigen Menschen kennen und schätzen gelernt. Als Rhetoriker hat er dem Kreuzberger Kampfgel alle Ehre gemacht, aber er konnte auch zuhören und sich nach langen Debatten in der Kneipenrunde auch entspannt und interessiert anderen Themen zu wenden. Wir werden Dietmar mit seinem Lachen in Erinnerung behalten.

Elke Böttcher
** Die Zitate stammen aus der Rede Daniel Weseners*

Bundesregierung befeuert Wohnungskrise

Durch die rapide Steigerung der Neuvertragsmieten steigt der Mietspiegel deutlich. Auch der Senat hat keine Antworten auf die sich dramatisch verschärfende Lage des Mietwohnungsmarktes

Der angespannte Wohnungsmarkt und die daraus resultierende steigende Wohnungsnot nicht nur in Berlin ermöglichen Vermietern, das geringe Wohnungsangebot zu ihrem Vorteil auszunutzen. Dadurch steigt das Mietniveau besonders bei Neuverträgen v.a. in Großstädten rasant an. Das wiederum treibt im Mietspiegel die ortsüblichen Vergleichsmieten hoch, und damit können Vermieter auch Erhöhungen von Bestandsmieten in Altverträgen leichter begründen. Berliner Senat und Bundesregierung haben sich bisher verweigert, dieser Entwicklung rechtlich entgegenzuwirken. Statt endlich wieder Mietobergrenzen einzuführen, haben Merkel und Co. durch eine Mietrechtsnovelle, die seit 1. Mai 2013 gilt, weitere Mieterhöhungen ermöglicht und Mieterrechte abgebaut.

Direktkandidat Christian Ströbele auf der Lärmdemo im März *Foto: PM Cheung*

Mietrechtsnovelle schadet MieterInnen

Hierdurch sind unter dem Vorwand der Wärmedämmung („energetische Modernisierung") die Rechte von Mieterinnen und Mietern erheblich eingeschränkt. Dass MieterInnen trotz Beeinträchtigungen durch solche Bauarbeiten künftig ihre Miete drei Monate nicht mehr mindern dürfen, bricht mit dem über 100 Jahre bewährten System des Mietrechts. Dass die MieterInnen die Investitionskosten solcher energetischen Modernisierungen allein abtragen und sogar danach unbefristet weiterzahlen sollen, ist grob ungerecht. Dies gilt erst recht, weil die MieterInnen dadurch absehbar nur weit geringere Heizkosten einsparen können. Das stellten Studien im Auftrag von Eigentümer- und Mieterverbänden übereinstimmend fest. Mieter- und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen zusammengedacht werden. Modernisierung zur Wärmedämmung darf nicht mehr kosten, als bei Warmmieten eingespart wird. Hingegen hat die Bundesregierung das überfällige Gesamtkonzept für eine sozial gerechte Umsetzung der Energiewende im Gebäudebereich nicht geliefert. Schon dafür gehört sie abgewählt.

Mieterrechte untergräbt auch, dass ein Mietvertrag künftig ohne vorherige Abmahnung sogleich gekündigt werden kann, wenn der Mieter die Kaution verspätet zahlt und so als „Mietnomade" gilt. Schließlich erleichterte Schwarz-Gelb es VermieterInnen nun, unliebsame MieterInnen rasch aus ihren Wohnungen räumen zu lassen, ohne dass zuvor ein Gericht Fakten und Beweise förmlich prüfen und ein Urteil sprechen muss. Vielmehr darf das Gericht künftig durch die sogenannte „Sicherungsanordnung" den Mieter bzw. die Mieterin ganz ohne Prozess verpflichten, vom Vermieter beanspruchte angebliche Mietrückstände erst einmal bei Gericht zu hinterlegen. Kann bzw. tut die MieterIn das nicht (etwa aus Krankheit oder Geldnot), darf die VermieterIn sie allein deshalb auf die Straße setzen und vollendete Tatsachen schaffen. Ganz ohne gerichtliches Hauptsacheverfahren, ohne Beweisaufnahme. Das ist ein systematischer Bruch im Zivilprozessrecht.

Berlin verpasst Gelegenheit für Schutz der MieterInnen

Dabei hätte das Land Berlin gemeinsam mit den rot-grün regierten Ländern all diese gesetzlichen Verschlechterungen noch abwenden können. Doch das Land Berlin hat sich im Bundesrat verweigert, zusammen mit den anderen rot-grün regierten Ländern gegen die schwarz-gelbe Mietrechtsnovelle zu stimmen bzw. für Verbesserungen den Vermittlungsausssschuss anzurufen. Die Landesregierungen von Bremen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben während der Verhandlungen verschiedene Anrufungsgründe und Änderungsanträge eingebracht, die zum Ziel haben den Schutz der MieterInnen zu verbessern, zum Beispiel durch die Begrenzung der Neuvertragsmieten und auch durch die Absenkung der sog. Modernisierungsumlage (Mieterhöhung bei Modernisierung).Doch leider ohne Erfolg.

Mietpreise steigen deutlich über Inflationsrate

Die Bundesregierung verkennt offensichtlich, wie viele Menschen wegen steigender Mieten schon aus ihren Wohnungen und Stadtvierteln verdrängt werden. Sie verweist auf eine Analyse der Eigentümer-Schutzgemeinschaft „Haus und Grund", wonach die Mieten während der letzten Jahrzehnte angeblich nur moderat stiegen. In Wirklichkeit aber entwickelten sich die Mietpreise in Deutschland regional sehr unterschiedlich: sinkende Preise hier, steigende Preise dort. Daraus einen Durchschnitt zu bilden, wie es der Eigentümer-Verband tut, wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Denn selbst der Immobilienbericht der Bundesregierung vom Oktober 2012 stellte fest, dass die Mieten nicht nur in einzelnen Städten, sondern bundesweit mit 2,9% deutlich schneller als die Inflation anstiegen. In Ballungszentren und vielen mittleren Städten stiegen die Mieten 2011 um durchschnittlich 8 bis 10 % - in Berlin um ca. 14%. Besonders preiswerter Wohnraum geht rasant verloren. Die Preise für Wohneigentum stiegen in 2011 im Vergleich zum Vorjahr mit 5,5% doppelt so rasch.

Deutschland ist nach der Schweiz das größte Mieterland in Europa. Umso wichtiger ist daher eine staatliche Regulierung der Mietpreise. Insbesondere in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten fehlen günstige Mietwohnungen: derzeit mehr als 100.000 in den zehn am stärksten betroffenen Großstädten, allein rund 17.500 in Frankfurt/Main und 8.000 in Stuttgart. Wenn nicht jährlich mindestens 130.000 neue Mietwohnungen gebaut werden, bzw. gesamt 825.000 in den nächsten fünf Jahren, dann werden bis dahin 400.000 Mietwohnungen bundesweit fehlen laut Pestel-Institut (Hannover).

Wohnungskrise in ganz Deutschland

Wenn angemessener Wohnraum fehlt, Mieten explodieren und Mieterrechte abgebaut werden, spaltet dies die betroffenen Städte sozial-räumlich. Genau dies treibt Schwarz-Gelb voran, der Berliner Senat duldet es weitgehend tatenlos. Hingegen fordern wir, durch einen nachhaltigen Wohnungsbau genug günstige Wohnungen zu schaffen sowie durch eine verantwortungsvolle Mietenpolitik Mietsteigerungen in Alt- und Neuverträgen zu dämpfen. Das Baurecht ermöglicht dies zeitlich und räumlich zielgenau. Dazu braucht es aber den politischen Gestaltungswillen. Und der ist bitter nötig, bevor es für Berlin bald zu spät ist.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Mietenpolitische Sprecherin

Senat täuscht Öffentlichkeit Kotti und Co. kämpfen weiter

Mit der vom Senat gefunden Kompromisslösung über die steigenden Sozialmieten ist den meisten MieterInnen wenig geholfen.

Dass der Berliner soziale Wohnungsbau nicht mehr sozial ist, ist bereits lange bekannt: In etwa 50% aller ca. 140.000 Berliner Sozialwohnungen übersteigen die Mieten bereits 5,50€/m² nettokalt und am Kotti sind es schon über 6 €, wie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einräumen musste. In 50-60% der Berliner Sozialwohnungen liegen die Mieten über dem Mietspiegel. Darauf wiesen bereits seit 2012 Kotti und Co. und auch das Mieterbündnis Sozialmieter.de unermüdlich engagiert hin. Im November 2012 haben die AktivistInnen und ExpertInnen auf einer Konferenz im Berliner Abgeordnetenhaus mögliche Wege für eine langfristige Lösung für den Sozialen Wohnungsbau präsentiert und den Senat sowie das Abgeordnetenhaus aufgefordert, mit Ihnen gemeinsam, die verschiedenen juristischen Wege zu überprüfen. Denn die Probleme, die aus dem alten West-Berliner Wohnungsbau-Fördersystem resultieren, sind sehr komplex und erfordern eine intensive Auseinandersetzung damit. Dies würde sich aber lohnen, denn es gilt nach wie vor die Devise: den Bestand an Sozialwohnungen zu retten dürfte billiger sein und schneller gehen als alleine auf Neubau zu setzen, so wie es der Senat tut. Besonders makaber ist aber, dass der beabsichtigte Neubau aus den Rückflüssen des sozialen Wohnungsbaus finanziert werden soll – also die Kosten sollen in erster Linie die SozialmieterInnen tragen – ohne dass sie dafür eine bezahlbare Wohnung bekommen.

Im Dezember 2012 schien es noch so, als hätte der Senat das Problem endlich erkannt. Stadtentwicklungs-Senator Müller hatte öffentlich angekündigt, die Mieten der Sozialwohnungen (z. B. am Kreuzberger Wassertorplatz) für die Jahre 2013 und 2014 auf 5,50 €/m² zu senken. Zur Info: Das Jobcenter bezuschusst Anspruchsberechtigte mit ca. 4,91 €/m². Doch dies hätte zumindest den Druck auf die MieterInnen etwas entschärft, u.U. in billigere Wohnungen wegziehen zu müssen (die alle am Stadtrand liegen). Doch nun wurde klar: der Senat senkt Mieten über 5,50 € /m² keineswegs, sondern erhöht sie lediglich nicht weiter, wie jährlich zum 1. April geplant. Also hat der Senat die Öffentlichkeit getäuscht und lässt die SozialmieterInnen weiterhin im Stich. Umso wichtiger ist, auch in den kommenden Monaten Kotti und Co. zu unterstützen – ob mit Spenden, Schichten im Camp oder als Demo-TeilnehmerIn. Nur durch größtmöglichen öffentlichen Druck kann der Senat zum Einlenken bewegt werden.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Sprecherin für Mieten und Soziale Stadt

Infos::
***www.kottico.net** und*
www.hallogehtsnoch.de

Rund ums Bezirksparlament

Früheinschulung abschaffen

Ein von uns gestellter Antrag fordert die Erhöhung des Schuleingangsalters von fünfeinhalb auf sechs Jahre. 2004 wurde das Einschulungsalter im Rahmen einer Grundschulreform von sechs auf fünfeinhalb Jahre gesenkt. Gleichzeitig wurden aber Konzeption und Ausstattung der Grundschulen nicht entsprechend an die jüngeren SchülerInnen angepasst. Die Quote der ZweitklässlerInnen, die nicht versetzt wurden, wächst seit der Reform. Sie lag im vergangenen Jahr bei 14 Prozent. „Hier hat der Senat ein Gesetz geändert, ohne sich zu überlegen, wie es sinnvoll umgesetzt werden kann", sagt Berna Gezik, Mitglied des Fraktionsvorstands und des Bildungsausschusses. „Jüngere Schülerinnen und Schüler brauchen eine speziell auf sie zugeschnittene Lernumgebung. Diese wurde aber an den allermeisten Schulen bis heute nicht geschaffen." 2010 hat der Senat die strikte Rückstellungspraxis der Reform nach zahlreichen Beschwerden gelockert. Seitdem wächst die Zahl derjenigen Eltern, die ihr Kind zurückstellen lassen wollen. 2012 wurden in Friedrichshain-Kreuzberg 207 Kinder zurückgestellt.

Die Hälfte des Kuchens den Frauen

Zum internationalen Weltfrauentag am 8. März forderten wir: Die Hälfte des Kuchens den Frauen! Symbolisch verteilten VertreterInnen des Kreisverbandes und der Fraktion im Bezirk Bio-Kuchen und Infomaterial zum Thema. „Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind Frauen immer noch strukturell benachteiligt", sagt Annika Gerold, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses. „Sie sind deutlich häufiger Opfer häuslicher und sexueller Gewalt, sie haben ein erhöhtes Armutsrisiko, sie machen seltener Karriere und verdienen weniger als Männer." Ganze 22 Prozent liegt ihr Gehalt im Durchschnitt unter dem ihrer männlichen Kollegen. In diesem Jahr war am 21. März Equal Pay Day: Der Tag, an dem Frauen das durchschnittliche Jahreseinkommen der Männer im Jahr 2012 erreicht haben.

Mit einem starken Frauen-, Gleichstellungs- und Queer-Ausschuss setzen wir uns für Geschlechtergerechtigkeit ein. Ausschussvorsitzende Tine Hauser-Jabs, seit 1999 Grünes Mitglied im Bezirksparlament, hat Ende Februar aus persönlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt. Neue Ausschussvorsitzende ist Susanne Hellmuth (31). Sie möchte vor allem die Verdrängung von Frauen- und Queer-Projekten und die Wohnungsnot von Frauen thematisieren. „Der Frauenausschuss mischt sich in alle Bezirksthemen, die Frauen- und Gleichstellungspolitik betreffen, ein. Wir wollen die anderen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker nerven."

Sozialticket muss endlich sozial werden

Zum 1. Januar 2013 hat der Senat das Sozialticket, mit dem Transferleistungsbezieher den öffentlichen Nahverkehr nutzen können, von 33,50 auf 36,00 Euro erhöht. Im Regelsatz der ALG II-Bezieher sind aber lediglich 24,07 Euro für Mobilitätskosten vorgesehen - die Differenz von 11,93 Euro müssen sie aus eigener Tasche bezahlen. Unser Antrag fordert das Bezirksamt auf, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Soziales für eine schnelle Rücknahme der Erhöhung einzusetzen.

„Mobilität ist ein grundlegender Bestandteil von gesellschaftlicher Teilhabe", sagt Stadträtin Monika Herrmann. „Wer sich nicht frei durch die Stadt bewegen kann, wird automatisch ausgeschlossen."

„Das Sozialticket ist alles andere als sozial", sagt Fraktionsmitglied Jutta Schmidt-Stanojevic. „Die Transferleistungsbezieher werden durch diese Erhöhung wie auch schon bei den gestiegenen Stromkosten gezwungen, an anderer Stelle zu sparen. Es sei zynisch, Menschen, die am Existenzminimum lebten, Sparzwängen zu unterwerfen.

kb

Die zentralen grünen Vorschläge für eine soziale Wohnungspolitik

Grenzen für Neuvermietungen

Mieterhöhungen bei Neuvermietung sind allenfalls bis zu 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete des jeweiligen Mietspiegels zuzulassen. Vermieter, die eine 20 % oder mehr höhere Neumiete verlangen als für vergleichbare Wohnungen in betreffenden Stadtvierteln üblich, sollen bestraft werden (gemäß Wirtschaftsstrafgesetz), schon wenn solche Wohnungen nur dort knapp sind statt in Gesamtberlin.

Begrenzung von Mietsteigerungen ohne Wohnwertverbesserung (Bestandsmieten)

Mieterhöhungen für Bestandsmieten ohne Wohnwertverbesserung müssen weiter abgesenkt werden. Wir fordern, dass Mieten künftig nur noch 15% innerhalb von vier Jahren erhöht werden dürfen (statt heute 20% innerhalb von drei Jahren). Das Land Berlin selbst könnte durch eine Verordnung die Mietsteigerungen auf 15% begrenzen.
Bei der Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete für den örtlichen Mietspiegel sollten künftig die Bestandsmieten der letzten 10 Jahre berücksichtigt werden, nicht nur wie bis-her die teureren Vertragsabschlüsse der letzten vier Jahre.

Begrenzung von Mietsteigerungen durch Modernisierung

MieterInnen sollen nur real angefallene Modernisierungskosten erstatten müssen, statt dauerhafter Mietzuschläge deswegen, wie heute gilt. Zudem soll diese Modernisierungsumlage von derzeit 11% auf höchstens 9% pro Jahr gesenkt werden. Spart ein/e MieterIn weniger Heizkosten durch die Sanierung ein (z.B. 3%), so dürfen die Investitionskosten dafür nur in dieser Höhe auf sie/ihn umgelegt werden. Auch dürfen auf den/die MieterIn nicht mehr die Kosten jeglicher (z.B. Luxus-)Modernisierungen umgelegt werden, sondern nur noch für Wärmedämmungen und für altersgerechten Wohnungsumbau. Die Kosten für letztere sollen die Miete ebenfalls nur noch in Höhe des realen Nutzwertes (z.B. Barrierefreiheit) erhöhen dürfen.

Mietobergrenzen in Sanierungs- und Milieuschutzgebieten ermöglichen

Eine Änderung des Bundesbaurechts soll den Bezirken – wie bis 2002 – wieder eindeutig ermöglichen, Mietobergrenzen festzusetzen. Dadurch sollen die bisherigen – v.a. finanziell schwächer gestellte - BewohnerInnen sogen. Sanierungs- und Milieuschutzgebiete vor Verdrängung geschützt werden. Die Obergrenze der Bruttowarmmieten sollte für Berlin bei maximal 25 - 30% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens festgelegt werden.

Zweckentfremdung von Wohnraum untersagen

Die anhaltende Zweckentfremdung von Wohnraum etwa als Ferienwohnungen (ca. 17.000 in der Innenstadt), Gewerbeflächen oder durch spekulativen Leerstand muss – wie bis 2002 – wieder verboten werden: nun in ganz Berlin. Ausnahmen für künftige wie auch schon geschehene Zweckentfremdungen bedürften einer Genehmigung. Das sieht ein Gesetzentwurf der Berliner Grünen vor. Das gesamte Abgeordnetenhaus forderte ein solches Gesetz schon im Mai 2011, doch der Senat blieb untätig.

Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Immobilienspekulation eindämmen

Der Berliner Senat soll den Bezirken durch Rechtsverordnung ermöglichen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten zu untersagen. So sollen die bisherigen BewohnerInnen vor enormen Mietsteigerungen und Verdrängung geschützt werden. Denn in den letzten ca. 10 Jahren wurden mehr als 75.000 Berliner Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt und oft auch zusammengelegt, v.a. durch Investoren zwecks teurerer Weitervermietung. Dadurch gingen MieterInnen sehr viele günstige und kleinere Wohnungen verloren. Im Milieuschutzgebiet Boxhagener Platz in Friedrichshain sind schon 23% der Wohnungen in Einzeleigentum umgewandelt, am Teutoburger Platz und Helmholtzplatz in Prenzlauer Berg schon 40% bzw. 29%.
Um Immobilienspekulation einzudämmen, wollen wir bundesrechtlich auf große Immobi-lienverkäufe eine Abgabe erheben („Transaktionssteuer“) sowie die Grunderwerbssteuer erhöhen (bzw. nach Mindesthaltefristen differenzieren wie früher die Kapitalverkehrssteuer auf kurzfristige Aktiengewinne).

Richtwerte für ALG II-Beziehende der Realität anpassen

Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und steigender Mieten müssen die Ämter BezieherInnen von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung höhere Miet- und Heizkostenzuschüsse bewilligen. Die Richtwert-Regelungen dafür müssen jährlich an die Mieten- und Einkommensentwicklung angepasst werden, ebenso die Höhe des Wohngeldes.

Für einen neuen Sozialen Wohnungsbau

Die Mieten aller Berliner Sozialwohnungen sollen in den nächsten fünf Jahren auf 5,50 Euro/m² begrenzt werden, um die aktuelle Verdrängung vieler MieterInnen zu stoppen. Zusätzlich müssen die Sozialämter bei Bedarf Mieten individuell ausgleichen, um sonst drohende Umzüge zu vermeiden. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften müssen einkommensschwachen Haushalten mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen und mehr Häuser insolventer Eigentümergesellschaften aufkaufen. Zusammen mit Mieterinitiativen wollen wir Vorschläge für die Rettung bestehender Sozialwohnungen und die umfassende Förderung Sozialen Wohnraums erarbeiten bzw. fortentwickeln.

Keine ökologische Verdrängung

Das sogenannte Stufenmodell von IHK, BUND und Berliner Mieterverein für ein Berliner Klimaschutzgesetz und zur Erfüllung der Klima-Grenzwerte muss endlich umgesetzt werden. Damit soll der Staat für energetische Gebäudesanierungen nur solche Baustandards vorschreiben, die Heizenergie in bestimmtem Umfang einsparen, ohne GebäudeeigentümerInnen sowie MieterInnen finanziell zu überfordern. BezieherInnen von ALG II oder Grundsicherung sollen mit ihren Unterkunftskosten einen Zuschlag für solche Umlagen erhalten („Klima-Bonus“). Entsprechendes soll für Wohngeld-Berechtigte und andere bedürftige Haushalte gelten („Klimawohngeld“).

Bestellerprinzip beim Maklerwesen einführen

Vermieter, die Makler mit Wohnraum-Vermittlung beauftragen, sollen dessen Kosten selbst tragen und nicht mehr auf die MieterInnen abwälzen dürfen (sog. Besteller-Prinzip).

ACHTUNG: Demnächst erscheint der neue Berliner Mietspiegel – Lassen Sie sich im Falle einer Mieterhöhung rechtlich beraten!

Hans-Christian Ströbele,
Mitglied des Bundestages, Direktkandidat für den Wahlkreis 83

und Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecherin für Mieten und Soziale Stadtpolitik

Neues zum „Unsozialen Wohnungsbau“

Am 26. Mai feiert die MieterInneninitiative Kotti & Co mit einem großen Fest das einjährige Jubiläum ihres Protestcamps vor ihren Wohnhäusern am südlichen Kottbusser Tor.

Was als öffentlichkeitswirksame Spontanbesetzung gegen die ständig steigenden Mieten im Sozialen Wohnungsbau gedacht war, hat sich zu einer festen Größe im Berliner Mietenprotest etabliert. Motto: Wir bleiben auf der Straße, bis die Mieten wieder sinken!

Steigende Mieten im Sozialen Wohnungsbau

Das „Gecekondu“ als Protest- und Begegnungsstätte mit internationalem Renommee hat das berlinspezifische Problem des Sozialen Wohnungsbaus erstmalig in den politischen Fokus gerückt. Es gibt in Berlin 150.000 Sozialwohnungen. Deren Bau wurde in den 1960er und 1970er Jahren durch ein korruptes Fördersystem künstlich verteuert.

Die Differenz zwischen den hohen Kostenmieten und den realen Mieten trug die Stadt Berlin, wobei sie jedes Jahr etwas weniger zahlte und inzwischen, wie am Kotti, oft nur noch Rückzahlungen bekommt, die auf die Mieten umgelegt werden. Seitdem steigen die Mieten im Sozialen Wohnungsbau nahezu ungebremst und liegen weit über den bereits viel zu hohen Werten des Mietspiegels. Rund um das Protestcamp zahlen die MieterInnen mittlerweile 60-80% ihres Einkommems für Mieten und Betriebskosten. Stadtentwicklungssenator Müller legte Ende letzten Jahres ein „Mietenkonzept 2013“ vor, das großspurig als Sicherung der Bezahlbarkeit von Mieten für Mieterinnen und Mieter, die bisher nicht so stark wie andere Haushalte am wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt teilhaben konnten, angekündigt wurde. Die Presse jubelte. Bei näherem Hinsehen erwies sich das Konzept als heiße Luft.

Die angekündigten Verbesserungen sind eine Mogelpackung

Nur Mieten in 16 Großsiedlungen, die bereits über 5,50 € liegen und damit weit über dem Limit der Jobcenter, sollen für ein Jahr nicht steigen. Von Mietobergrenzen wie vielfach kolportiert wurde, kann nicht die Rede sein. Sprich: Keine einzige Miete sinkt wieder auf 5,50 €. Damit profitieren nach Angaben des Senats nur 19.000 der insgesamt 35.000 in diesen Siedlungen befindlichen Wohnungen. Der Rest geht leer aus und ist akut von Verdrängung bedroht. Ulrike Hamann, eine Sprecherin von Kotti & Co, sagt dazu: „Noch scheint der Senat nicht gewillt, sich dem Komplex Sozialer Wohnungsbau Bestand anzunehmen. Weder ist eine ernstzunehmende Brückenlösung auf dem Tisch, noch wird an Kommunalisierungsmodellen ernsthaft gearbeitet.

Der Senat löst die Probleme nicht

Die Vorschläge und Expertisen, die Kotti & Co Mitte November im Abgeordnetenhaus vorstellte, scheinen trotz Lob von allen Seiten beim Senator nicht angekommen zu sein. Die vom Senator nun vorgelegten Pläne zum Neubau lassen leider nichts Gutes ahnen. So soll die Finanzierung dieses Vorhabens auch aus Rückflüssen der Aufwandsentschädigungen alter Programme kommen. Das bedeutet übersetzt: Die steigenden Mieten im Bestand des Sozialen Wohnungsbaus finanzieren den Neubau. Perfider geht es kaum. Das Mietenkonzept ist nicht mehr als Sand in die Augen der Öffentlichkeit, aber keine Problemlösung.

Kotti & Co-Camp am Kotti *Foto:Taina Gärtner*

Alternative: Rückkauf statt Neubau

Der Berliner Wohnnotstand ist durch Neubau mit hohen Einstiegsmieten nicht zu lösen. Ein Rückkauf der Häuser am Kotti durch den Senat könnte als Modellversuch mit Selbstverwaltungsanteilen zukunftsweisend sein. Die engagierten MieterInnen gibt es dort. Nun muss der Senat sich nach einjähriger Besetzung endlich seiner Verantwortung stellen und an ernsthaften Lösungen für den Sozialen Wohnungsbau arbeiten, damit dieser kein unsozialer Wohnungsbau bleibt!

Taina Gärtner,
und Frank Domes,
Kotti & Co

Grüner Newsletter Frieke

Infos der Grünen Fraktion im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg

Egal ob lokaler Klimaschutz, Stadtentwicklung von unten oder die aktuelle Entwicklung am Spreeufer - der Grüne Newsletter Frieke bietet monatlich einen umfassenden Einblick in wichtige Themen aus der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und darüber hinaus. Auch dabei: ein Überblick über unsere konkreten Anträge, Anfragen und Resolutionen.

Grüner Newsletter Frieke im Web: www.frieke.de/bvv_fraktion/newsletter

Bestellen: Mail mit dem Betreff "Newsletter bestellen" an: newsletter-frieke@gruene-berlin.de

Grüne Köpfe im Bezirk

Seit 50 Jahren in Deutschland Riza Baran

Alternative Liste, Ausländerbeirat, BVV-Fraktion, Abgeordnetenhaus: Die Liste von Riza Barans politischen Aktivitäten ist lang.

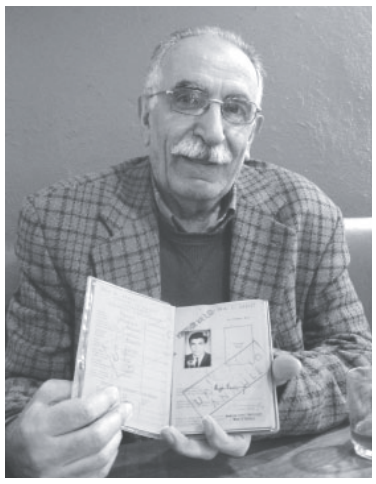
Wir gehen weit zurück, in die Zeit der Wiederaufbau-BRD der Ära Adenauer. Riza war noch keine 20 und wollte im Ausland studieren, es sollte Deutschland sein. Deutschland brauchte Arbeitskräfte und warb über Vermittlungsstellen der Arbeitsämter junge Menschen aus dem Ausland an. Aber es gab Bedingungen: Sie sollten in der Regel nicht älter als 35 sein, und mussten sich zuvor einer medizinischen Untersuchung unterziehen.

Nachdem es über diese Art der Anwerbung zunächst nicht geklappt hatte begann Riza in Ankara sein Studium, Mathe und Physik, wo er für drei Semester bleiben sollte.

Dann bestand er die Aufnahmeprüfung für ein Studium in Deutschland, aus zahllosen Bewerbern wurde er als einer von 40 Studierenden ausgewählt So kam er nach zweitägiger Zugfahrt am 20. März 1963 in München an.

Nach einer Nacht im Hotel war das halbe Stipendiatsgeld aufgebraucht, das Goethe-Institut half aus, und er konnte zunächst einmal in einem winzigen Nest in der Nähe von Rosenheim vier Monate lang deutsch pauken.

Denn das war die Voraussetzung, um an der TU München sein Studium fortzusetzen, das er 1968 in Hannover mit einem Diplom als Bauingenieur abschloss.



Riza Baran und der Pass mit dem er vor 50 Jahren nach Deutschland kam
Foto: ha

Ein unermüdlicher Kämpfer

Sprache ist eines von Rizas Kernthemen: Seit über 40 Jahren kämpft er für Akzeptanz und Gleichberechtigung, und sprachliche Barrieren sind eine quälende Hürde. Das kennt er aus seinen eigenen Anfängen, als er seine Anliegen nicht vermitteln konnte, und selbst nicht verstand, was man von ihm wollte.

1970 kam Riza nach Berlin, Neukölln wurde seine Heimat, hier hat er über 30 Jahre als Berufsschullehrer gewirkt. Und er war von Beginn an politisch aktiv. Es ging ihm immer darum, die soziale Lage der MigrantInnen zu verbessern. Im West-Berlin der 70er Jahre, in dem die Spuren des Weltkriegs noch überall sichtbar waren, gründeten sie ein Sanierungsbüro in der Dresdner Straße, in Zusammenarbeit mit den K-Gruppen begannen sie, die MigrantInnen zu organisieren. 1975 kam in der Böckhstraße der „Kultur-und Hilfsverein“ hinzu, der sich vorwiegend mit den Problemen der Kurden beschäftigte.

Viel hat sich getan seither, meint Riza. In den Anfängen hatten sie noch mit sehr vielen Vorurteilen zu kämpfen. Da war es schon schwierig, überhaupt eine Wohnung zu finden. Durch die kontinuierliche Arbeit funktioniert das Miteinander heute viel besser, und sie konnten die Migrationsthemen überall nach vorne bringen: Toleranz, Frauenrechte und Basisdemokratie nennt Riza an vorderster Stelle, und er betont, dass die Grünen mittlerweile die Nummer 2 in der Wählergunst der MigrantInnen sind.

Der Blick geht nach vorne

Vieles könnte man noch erzählen: Dass er 1995 als grüner Direktkandidat ins Abgeordnetenhaus einzog, dass er 2004 den Migrationsrat Berlin-Brandenburg mitbegründete, in dem er weiterhin täglich aktiv ist. Und dass er in der Kurdenfrage für Verhandlungen und eine politische Lösung eintritt, in einem gemeinsamen Staat. Denn die Zeit der Nationalstaaten ist vorbei, sagt Riza.

Das Wichtigste ist ihm aber, wenn er angesichts der Feiern den fragenden Blicken begegnet – und dabei blitzen seine Augen: „Freundinnen und Freunde: Ihr werdet mich nicht so leicht los!“

Aber das will ohnehin keiner.

Henry Arnold

Ich wünsche mir einen Park

Das Für und Wider eines Baumarktes am Yorckdreieck

„Wenn ich mir heute etwas wünschen darf, dann wünsche ich mir, dass Hellweg unserem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sein Grundstück an der Yorckstraße schenkt, damit wir dort einen Park bauen können.“ So begann ich in der Februarsitzung des Bezirksparlaments meine Rede zum Bebauungsplan für den Hellweg-Baumarkt am Yorckdreieck. Aber leider läuft es im Leben nicht immer so, wie man es sich wünscht und Hellweg hat uns sein Grundstück natürlich nicht geschenkt.

Bereits in der letzten Stachelausgabe hat unser Bezirksverordneter Andreas Weeger ausführlich erklärt, wieso die Grüne Fraktion nach langer Diskussion in dem Baumarkt am südlichen Ende des Parks am Gleisdreieck das kleinere Übel sieht. In seinem Artikel begründet er, wieso wir nach Jahren der Planung und Diskussion nun für den Bau eines Baumarktes stimmen – auch wenn wir keine Fans von großflächigem Einzelhandel in der Innenstadt sind und uns im Verfahren der letzten Monate einiges geärgert hat. Denn nach bisherigem Baurecht wäre eine hohe und dichte Bebauung möglich gewesen. Und die Vorteile des nun geplanten Flachbaus sind unter anderem der Erhalt der Frischluftschneise vom südlichen Bahngelände zum Gleisdreieckpark nach Norden. In der Stadtplanung werden diese Schneisen inzwischen als besonders wichtig angesehen, weil in Zeiten der Klimakatastrophe und steigender Temperaturen so kalte Luft in die Innenstadt gelangen kann. An extrem heißen Sommertagen ist das wichtig für die Gesundheit all der Menschen, die unter der Hitze besonders leiden. Ein zweiter Grund, der tatsächlich für den Baumarkt spricht, ist ein Sportplatz auf seinem Dach, den wir dem Investor abringen konnten. Das ist wichtig für unsere Kinder- und Jugendteams im Bezirk, denen bisher ausreichende Sportplätze fehlen.

Die Einwohnerversammlung

In den ersten Wochen des Jahres tat sich einiges. Nachdem Hellweg kurz vor Weihnachten auf die Tube drückte und den Bebauungsplan gerne schnellstmöglich beschlossen wissen wollte, regte sich der Unmut nicht nur in den Bezirksparlamenten Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg sondern auch bei den AnwohnerInnen. Im Februar wurde eine Einwohnerversammlung einberufen, um noch einmal über die Planungen zu diskutieren.

Doch die SPD Friedrichshain-Kreuzberg, die die Planungen für den Baumarkt jahrelang mitgetragen hatte, äußerte plötzlich den Wunsch, an der Stelle Wohnungen zu bauen. Dazu hätten allerdings auf die Frischluftschneise und den Sportplatz verzichtet werden müssen. Und bis heute bleibt die Frage unbeantwortet, wie neben zwei S-Bahn-, einer ICE-Trasse und der lauten Yorckstraße eine Wohnbebauung ausreichend vor Lärm geschützt werden kann. Das Engagement der SPD für mehr Wohnungen ist zwar lobenswert, aber an dieser Stelle leider keine gute Lösung. Die Thematik wurde auf der gut besuchten Einwohnerversammlung ausgiebig diskutiert und auch die Mehrzahl der anwesenden AnwohnerInnen lehnte aus den genannten Gründen eine Wohnbebauung ab.

Das Gebäude wird verschoben, es gibt mehr Grün

Die Einwohnerversammlung hatte aber einen anderen Erfolg: Wie zuvor von mehreren AnwohnerInnen gefordert, wird das Gebäude weiter ins Grundstücksinnere verschoben und die zusätzliche Fläche zur Straße hin begrünt. Und Hellweg wird in etwa zehn Jahren den Sportplatz auf eigene Kosten instandsetzen. Das mögen zwar kleine Erfolge sein, aber in der Bezirkspolitik geht es auch mal um die kleinen Dinge. Und daher konnte ich meine Rede im Bezirksparlament trotz des Wunsches nach einem Park damit schließen, dass der Bebauungsplan bei den bestehenden Rahmenbedingungen der bestmögliche Kompromiss ist.

Paula Riester,
Bezirksverordnete und
Fraktionssprecherin

Kein Wegwerfgeschirr bei Straßenfesten

Statt riesiger Müllberge soll es in Zukunft nur noch Pfandsysteme auf den Open-Air-Partys in den Straßen des Bezirks geben. Das ist das Ziel eines Antrags der Fraktion im Bezirksparlament

Egal ob Karneval der Kulturen, CSD oder Myfest - das Ende von Straßenfesten ist überall gleich: Einweggläser aus Plastik, Einwegbecher aus Papier und Einwegteller aus Papier oder Plastik produzieren riesige Müllberge, die oft auf der Straße landen. Selbst wenn sie in Mülltonnen geworfen werden, ist diese Ressourcenverschwendung durch Einwegverpackungen nicht länger hinzunehmen. Es gibt in Berlin auch positive Beispiele: bereits bei einigen Straßenfesten wird auf Mehrwegsysteme für Teller und Gläser gesetzt. So beim Umweltfest in der Straße des 17. Juni im Anschluss an die jährliche Fahrradsternfahrt, wo es für mehrere Zehntausend Besucherinnen und Besucher erfolgreich im Einsatz ist.

Diese positive Entwicklung soll auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg flächendeckend realisiert werden. Denn: Effiziente Nutzung von Ressourcen gehört für eine moderne Gesellschaft zum Alltagsgeschäft. Daher haben wir als Fraktion in die März-Sitzung des Bezirksparlaments einen Antrag eingebracht, der Einwegverpackungen auf Straßenfesten ein Ende bereiten soll. Mit dem Antrag beauftragen wir das Bezirksamt, Mehrwegsysteme zur Genehmigungsvoraussetzung für Straßenfeste und andere Sondernutzungen von öffentlichem Straßenland zu machen und Einweg-Verpackungen für Essen und Getränke aus Umweltschutzgründen zu unterbinden.

Als Bezirk haben wir nicht in vielen Bereichen ein Mitspracherecht. Ein prinzipielles Verbot von Einweg-Platiktüten, das einige Staaten in den USA oder Länder wie Sansibar und Uganda längst durchgesetzt haben, ist auf Bezirksebene rechtlich nicht möglich. Gleiches gilt für Einweg-Becher oder Teller. Bei der so genannten Sondernutzung von Straßenland ist das anders. Hier ist der Bezirk Genehmigungsbehörde und kann Auflagen für die Genehmigung von Straßenfesten und anderen Sondernutzungen erteilen. Genau auf diesem Weg sollen Mehrwegsysteme auch im Bezirk Realität werden. Denn: Mit Veranstaltern sind entsprechende Regelungen zu vereinbaren – heißt es im entsprechenden Antrag, der im April auf der Tagesordnung des Umweltausschusses zur Beratung stand. Eine Verabschiedung im Bezirksparlament stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Christian Honnens
und Julian Schwarze,
Bezirksverordnete

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet Euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser...

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Friedrichshain-Kreuzberg

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@frieke.de – www.gruene-xhain.de
Fon: 614 314 6 – Fax: 614 314 2
Bürozeiten Ute Siebert, Bezirksassistentin:
Mo 10-12.30 Di 10 - 14.30 Do 16-19.30 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss:
Gesine Agena, Karl-Heinz Bergt,
Werner Graf, Annika Gerold,
Sarah Jermutus, Valentin Münscher

Treffen der Bezirksgruppe
Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr in der Falckensteinstraße 6.

Fraktion im Bezirksparlament
Yorckstraße 4-11 – 10965 Berlin
fraktion-frieke@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930
Bürozeiten Britta Byszio,Fraktionsassistentin:
Mo 13-17 Di 13-17 Mi 14-18 Do 10-14 Uhr
Fraktionsvorstand: Jana Borkamp (Sprecherin), Paula Riester (Sprecherin), Berna Gezik, Manuel Sahib, Jonas Schemmel

Unser Vertreter im Bundestag:
Christian Ströbele
direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.stroebele-online.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
hans-christian.stroebele@bundestag.de
Wahlkreisbüros:
hans-christian.stroebele@wk.bundestag.de
Kreuzberg:
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 61 65 69 61 – Fax: 39 90 60 84
Friedrichshain:
Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
Fon: 29 77 28 95 – Fax: 39 90 60 84

Büro Grüne Jugend Berlin
Dirschauer Straße 13 –10245 Berlin
Mail: info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75
Treffen: montags ab 18:00 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses:
Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
Email:bitte nach dem Muster bilden:

Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de

Telefon: 2325 - 2401 & Fax: -2409

Turgut Altug, direkt gewählt
Telefon: 2325 2430
Canan Bayram, direkt gewählt
Telefon: 2325 2431
Dirk Behrendt, direkt gewählt
Telefon: 2325 2421
Marianne Burkert-Eulitz,
direkt gewählt
Telefon: 2325 2461
Clara Herrmann
Fon: 23 25 2436
Antje Kapek
Telefon: 2325 2466
Heidi Kosche, direkt gewählt
Fon: 2325 2440
Katrin Schmidberger
Telefon: 2325 2474

Wir sind offen für Deine Fragen, Anregungen und Deine Kritik. Melde Dich einfach bei einem von uns im Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus, in der Bezirksverordnetenversammlung oder im Grünen Büro. Herzlich Willkommen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Stachel

Impressum:

Der Frieke-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Henry Arnold (ha),
Canan Bayram,
Jessica Heun,
Christian Könneke (ck; V.i.S.d.P),
Tim Lüddemann und
Melanie Zagrean

Ständige GastautorInnen:
Katharina Buri (kb)

Kontakt zur Redaktion, LeserInnenbriefe und Anzeigen:
friekestachel@gruene-berlin.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath (jj)

Auflage: 5.000

Druck: Henke Pressedruck

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg (Frieke)
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: 614 31 46
Fax: 614 31 42
info@frieke.de
www.gruene-xhain.de

Wahlfreiheit statt Optionszwang

Junge Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, müssen sich mit Anfang zwanzig entscheiden: deutsche oder die andere Staatsbürgerschaft. Canan Bayram, Mitglied des Abgeordnetenhauses, stellt sich gegen diesen Optionszwang und macht sich für eine Wahlfreiheit junger Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft stark. Im Berliner Parlament hielt sie dazu nachfolgende Rede.

Doppelstaatsangehörigkeit *Foto: ck*

Meine Damen und Herren!

In meine Sprechstunde kommen immer wieder junge Menschen, die sich zu dem Thema Optionszwang informieren möchten. Denen erkläre ich dann, dass wir den Optionszwang einem Wahlkampf eines hessischen CDU-Kandidaten verdanken. Denn seinerzeit, als die Staatsangehörigkeit neu geregelt wurde, hat ein hessischer Kandidat mit einer unwürdigen Kampagne dafür gesorgt, dass sich viele Menschen den Kopf darüber zerbrechen mussten, wie sie es hinkriegen, ohne rassistische Ausschreitungen ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das mehrheitsfähig ist. Da hat die FDP seinerzeit diesen Kompromiss des Optionszwanges vorgeschlagen. Einmalig, überflüssig, völlig daneben ist diese Optionszwangsregelung! Denn sie ist eine Ausgrenzung. Eigentlich müsste es unser Ziel sein, alle Menschen gleichzustellen.

Unser Ziel muss es sein, alle Menschen gleichzustellen

Der Optionszwang und dieses Sondergesetz in dem Staatsangehörigkeitsrecht grenzt nämlich insbesondere die große Gruppe von Menschen, die aus der Türkei kommen, aus. Ich will Ihnen das auch anhand der gesetzlichen Situation erklären. Im Gesetz wird die Einstaatlichkeit, also nicht die Mehrstaatlichkeit zur Regel erklärt. Die Mehrstaatlichkeit soll die Ausnahme sein. Die Realität ist aber so, auch durch die Europäische Union und viele andere Länder, mit denen wir bilaterale Abkommen haben, dass im Gegenseitigkeitsverhältnis die Mehrstaatlichkeit hingenommen wird. Die Regel in der Lebenswirklichkeit ist, dass über 50 Prozent der Menschen Mehrstaatlerinnen und Mehrstaatler sind, also ganz selbstverständlich mehrere Pässe haben. Die Ausnahme ist dann die, dass bestimmte Gruppen von diesem Prinzip ausgenommen werden. Es ist eine verkehrte Welt, denn das Gesetz hat überhaupt keine wirkliche Geltung, grenzt nur bestimmte Gruppen aus. Dann ist noch ein Aspekt besonders wichtig: Wenn sich die Menschen nicht bis zum 23. Lebensjahr entschieden haben – stellen Sie sich vor: Menschen, die in Berlin geboren sind, entscheiden sich bis zum 23. Lebensjahr nicht, machen nichts –, dann werden sie automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren. Also, Untätigkeit führt zum Verlust. Was soll denn der Unsinn? Warum wollen wir denn den Menschen, die hier ganz selbstverständlich unter uns aufgewachsen sind, sich entwickelt und sozialisiert haben, dann in einem Alter, in dem sie der Gesellschaft etwas zurückgeben, aus der Staatsbürgerschaft automatisch rausschmeißen? Ich frage Sie wirklich – reden Sie mal mit 18- bis 23-Jährigen: Wie viele davon haben als erste Priorität im Leben, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden?

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass sich heute die Integrationsminister mit einer Mehrheit von Dreiviertel dafür entschieden haben, die Abschaffung des Optionszwangs zu fordern. Da will ich auch den Integrationsminister aus der rot-grünen nordrhein-westfälischen Landesregierung zitieren. Er hat gesagt: „Wir brauchen keine deutsche Staatsangehörigkeit auf Zeit, sondern eine gesetzliche Grundlage ohne Wenn und Aber." Weiter hat er gesagt: „Die Optionspflicht ist ein integrationsfeindliches Ärgernis und ein bürokratisches Monstrum."

Die Optionspflicht ist ein integrationsfeindliches Ärgernis

In der Konsequenz – das hat er nicht gesagt, das sage ich – muss das dringend abgeschafft werden. Da frage ich natürlich – das ist sehr naheliegend, denn in Nordrhein-Westfalen gibt es eine rot-grüne Regierung – die Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Warum tun Sie sich das eigentlich an? Ich konnte gerade in der Diskussion im RBB schon hören, wie die CDU dazu steht, und kann mir schon denken, was Herr Dregger gleich dazu sagen wird. Warum tun Sie sich das eigentlich an? Warum setzen Sie sich nicht auch mal durch? Warum nehmen Sie sich nicht mal ein Beispiel an Ländern, in denen die SPD noch SPD-Politik macht? Wie wollen Sie eigentlich in den Bundestagswahlkampf gehen und sich dort für die Abschaffung des Optionszwanges aussprechen und hier wieder in Ihrer Disziplin mit der CDU dafür streiten, dass Sie sich im Bundesrat dazu enthalten werden? So werden Sie sich nicht durchmogeln können. Sie müssen sich entscheiden, und dazu gebe ich Ihnen mit diesem Antrag die Gelegenheit.

Mehr mit Roma statt für Roma

Interview mit Milan Pavlovic, Leiter des Rroma Informations Centrum in Neukölln und Mitbegründer des „Rromano-Bündnis", ein Dachverband verschiedener Roma-Selbstorganisationen wie Rroma-Aether-Theater mit dem Akhate-Förderverein, das Rroma Informations Centrum, das Rroma Kultur Rad und die Fraueninitiative IniRomnja.

Stachel: *Milan, am 8. April habt ihr den internationalen Tag der Roma gemeinsam als „Rromano-Bündnis mit einer Demonstration und einer Gedenkveranstaltung beim Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas begangen. Vielleicht kannst Du kurz die Bedeutung dieses Datums schildern?*

Milan: Am 8. April 1971 trafen erstmalig Roma der Bürgerrechtsbewegung aus 25 Ländern zusammen, tauschten sich aus, formulierten gemeinsame Forderungen und signalisierten vor allem eins: Wir haben eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Geschichte, die von Verfolgung und Ausgrenzung geprägt ist, und haben den Wunsch nach Anerkennung, Vernetzung und Partizipation. Wir wollen gemeinsam unsere Themen verstärkt auf politischer Ebene durchsetzten, unsere Rechte einzufordern. Weitere Kongresse folgten und mittlerweile wird der Tag von vielen Roma-Selbstorganisationen weltweit zelebriert.

Inwiefern hat Eure Veranstaltung an die damaligen Forderungen angeknüpft?

Es gab ein buntes Programm, bestehend aus Gesang, dem Vortrag von Gedichten, einer Performance und Reden. Es ging uns auch um darum, eine Brücke zu schlagen von der Vergangenheit - der historischen Verfolgung der Roma bis hin zum Völkermord – bis zur Gegenwart, der bis heute feststellbaren strukturellen Diskriminierung der Roma. Besonders die Darbietung des Jugendprojektes „mes em me" (ich bin ich) lag mir am Herzen. Das ist eines der Projekte, die wir als Rroma Informations Centrum initiiert haben. Das Projekt vermittelt Jugendlichen, die häufig mit negativen Stereotypen konfrontiert werden, eine positive Einstellung zur vielseitigen Kultur der Roma. Diese ist entgegen zur leider verbreiteten Darstellung in den Medien nicht von Armut, sondern von Reichtum an Traditionen, von Talenten und verschiedenen Lebensrealitäten geprägt.

Aber leiden nicht viele Roma unter enormer Armut und Ausgrenzung, wie es die derzeitige Berichterstattung über die Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa nahe legt?

Ja, das ist ein Problem. In der Tat haben wir gerade in der alltäglichen Beratungsarbeit hiermit zu tun. Man darf aber nicht vergessen, viele Roma sind in Deutschland „unsichtbar", selektieren sich im Vergleich zu anderen nicht in bestimmten Vierteln, sind Teil der Gesellschaft und das zum Teil sehr erfolgreich. Oftmals verschweigen sie aber ihre Herkunft, um nicht mit negativen Stereotypen konfrontiert zu werden, um ihre Arbeit nicht zu verlieren

Was bietet das Rroma Informations Centrum denn überhaupt an, wo brennt es gerade?

Wie gesagt, wichtig sind uns Empowermentangebote für Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende, die sind unsere Zukunft. Wir wollen der täglichen Diskriminierung von Roma entgegenwirken, indem wie aufklären. Dafür sind vor allem auch Fortbildungen für LehrerInnen und MultiplikatorInnen im sozialpädagogischen Bereichen wichtig.

Das tägliche Geschäft ist aber oft die Begleitung, z.B. komme ich gerade von der Härtefallkommission. Ich versuche bei der Ausbildungsplatzsuche zu helfen, bei schulischen Problemen zu unterstützen, generell das Selbstbewusstsein der jungen Leute zu stärken. Der Informationsbedarf für diejenigen, die noch nicht so lange in Deutschland leben, ist wirklich enorm. Die Menschen wollen über ihre Rechte und ihre Pflichten informiert werden, haben häufig Ängste, da herrscht eine große Ungewissheit. Die Fragen reichen von: Wie läuft die Anmeldung zur Schule ab bis hin zu wo erhalte ich medizinische Leistungen. Daneben besuche ich Veranstaltungen, versuche den Bedarf und die Probleme bei politischen Entscheidungsträgern zu kommunizieren. Das alles mache ich ehrenamtlich, das zerrt natürlich.

Und der Aktionsplan den der Senat nun vorlegen will, bietet er aus Deiner Sicht eine Perspektive?

Nur so viel, grundsätzlich gilt, das ist übrigens auch der Tenor des „EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020: mehr mit Roma statt für Roma.

Interview: Jessica Heun

Migration und Gesundheitssystem

Die unterdurchschnittliche Nutzung des Gesundheitssystems unter MigrantInnen liegt vor allem an Informationsdefiziten seitens der Behörden.

Das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) hat im Jahre 2011 im Rahmen eines Forschungsberichtes festgestellt, dass die MigrantInnen das öffentliche Gesundheitssystem „anders" nutzen als Einheimische. Was bedeutet nun „anders"? Schon aufgrund der Sprachbarrieren verstehen MigrantInnen oft nicht, welche Angebote das Gesundheitssystem zur Verfügung stellt. Das Wort „anders" ist somit mit Vorsicht zu nutzen.

Jedoch hatte das BAMF auch darauf hingewiesen, dass die MigrantInnen ein unterschiedliches Verständnis vom Gesundheitssystem und von Krankheiten haben. In manchen Herkunftsländern gibt es beispielsweise einige hier selbstverständliche Angebote gar nicht. Außerdem sind einige Krankheiten, die hier Berücksichtigung finden, in den Ländern, aus denen sie immigriert sind, gar nicht als Krankheit anerkannt.

Das BAMF spricht auch davon, dass MigrantInnen mehr Arbeitsunfälle haben und überproportional und früher in Rente gehen. Jedoch muss jedem Arbeitgeber klar sein, dass MigrantInnen oft Arbeiten verrichten, die Ursprungsdeutsche verweigern würden. Das Problem der Sprachbarrieren besteht z. B. auch im Verständnis von Warnschildern. Zwar wird realisiert, dass etwas gefährlich ist, aber eben nicht, was genau gemeint ist.

Sich damit zu begnügen, dass die MigrantInnen ein fantastisches Sozialsystem haben (große Unterstützung der Familie), und sich bei Krankheiten immer beistehen, genügt nicht und hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun.

Da hilft also nur Eines: Sprachliche Barrieren überwinden helfen. Warum soll es nicht Broschüren in den hier verbreiteten Sprachen geben? Warum nicht auch Informationen zumindest auf Türkisch versenden?

Entscheidende Schlüssel für gesellschaftliche Inklusion

In einem Dossier von Dr. Martha Escalona Zerpa, das von Heinrich Böll-Stiftung 2009 veröffentlicht wurde, wird exakt beschrieben, worin ein weiteres großes Problem liegt. „Gesundheit und der gleichberechtigte Zugang zum Gesundheitssystem sind entscheidende Schlüssel für gesellschaftliche Inklusion." Darin wird auch genau darauf eingegangen, dass Migrationserfahrungen, Ankommen in einer neuen Gesellschaft, Überwindung vorgegebener Barrieren und neuen emotionalen Bewältigungen von neuen Herausforderungen, Gründe für gesundheitliche Problemen der MigrantInnen sind. Großen Einfluss auf die Gesundheit der MigrantInnen haben auch geschlechterspezifische Gründe. Besonders vehement wird die Marginalisierung von Pflegebedürftigen empfunden. Bei MedizinerInnen und PflegerInnen können ethno-kulturelle Probleme dafür sorgen, medizinisch oder gesundheitsspezifisch falsch zu handeln.

Es bedarf also einer sensibleren Betrachtung des Themas „Migration und Gesundheit". Nur Partizipation und interkulturell kompetente Betreuung der MigrantInnen sind Wege, um als anerkannter Teil der Gesellschaft das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt in Anspruch nehmen zu können.

Katayun Pirdawari

Pamukkale-Platz Alles Tenne oder was?

Zur Gestaltung des Platzes zwischen den Pamukkale-Terrassen und den Häusern 1, 2 und 3 im Görlitzer Park hat das Bezirksamt ein eigenes Beteiligungsverfahren durchgeführt.

Zur Vorgeschichte: im Januar 2011 hatte das Grünflächenamt Bürgerinnen und Bürger zu einer Veranstaltung eingeladen, bei der eine grundsätzliche Verständigung über die Befestigung der Wege im Görlitzer Park gefunden wurde. Demnach sollen der große Hauptweg, das Rondell und die beiden wichtigen Querwege zwischen Falkenstein- und Glogauer Straße sowie zw. Lübbener und Wiener Straße mit Asphalt befestigt und beleuchtet werden. Als Erfolg bezirklicher Anstrengungen darf dabei gewertet werden, dass sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereit erklärt hat, die Kosten für die Laternen und deren Betrieb während der ganzen Nacht zu übernehmen. Außerdem stellen wir fest, dass auf den schon befestigten Wegen kleine Kinder Radfahren üben und auch größere Familien entlang schlendern.

Nun regte sich jedoch Widerstand in Form von knapp 600 Unterschriften „gegen die Asphaltierung“ des Pamukkale-Platzes und den Verlust seiner Qualitäten als chilliger Aufenthaltsort der geringen Geschwindigkeiten. Gegen eine Befestigung wurde ins Feld geführt, dass dies die RadfahrerInnen zum rücksichtslosen Durchrasen ermuntern und den Platz zerteilen würde.

Da uns der Bürgerwille wichtig ist, haben wir zur Klärung dieser Fragen am 2. März an einem der wenigen sonnigen Tage einen Marktplatz der Ideen auf dem Platz und eine öffentliche Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Hier wurden die Planungen noch einmal vorgestellt und dann anhand der vorliegenden Alternativen bewertet. Hierzu wurde im Umfeld plakatiert, Flugblätter verteilt und per Brief auch die Menschen eingeladen, deren Adressen auf den Unterschriftenlisten lesbar waren. Zuvor wurden im Wrangelkiez und im Reichenberger Kiez Befragungen zum Thema durchgeführt, die ebenfalls in die Bewertung mit eingingen.

Marktplatz Pamukkale-Platz im März *Foto: Hans Panhoff*

Zur Entscheidung standen drei Varianten, wie der Platz gestaltet werden könnte: einmal mit einer Zweiteilung in ca. 1/3 gelben Asphalt und 2/3 gelber Tenne, einmal mit 100 % Tenne und einem Kompromiss mit einem sog. Winterweg, der sich mit einer Breite von ca. drei Metern in gelbem Asphalt an den Häusern entlang über den Platz zieht. Gemeinsam war allen drei Varianten zum einen die Beleuchtung und zum anderen, dass am ehemaligen Pamukkale-Brunnen weitere Podeste, die als sog. „Absturzsicherung“ für Kindern durch Verringerung der Höhenunterschiede dienen, angebracht werden. Außerdem wird der jetzige Sand entfernt, der zwar zum Spielen für Kinder gedacht war, aber immer wieder stark durch Glas und Hundekot verunreinigt wurde. Ein kleiner Bereich wird dort mit Pflaster befestigt und eignet sich auch als Bühne.

Bei der abschließenden Bewertung erhielt die Variante 2 mit dem reinen Tennenbelag ca. 40 % der Stimmen und hatte damit die größte Zustimmung der einzelnen Varianten. Obwohl dies nicht die Vorzugsvariante des Grünflächenamtes war und in der Summe mehr Leute für eine Befestigung waren, wird diese Variante jetzt diesen Sommer mit Investitionsmitteln des Bezirks gebaut. Damit die Platznutzung während des Bauens nicht zu sehr eingeschränkt wird, erfolgt dies in zwei Phasen.

Den Beteiligungsprozess zu den anderen anstehenden Themen rund um den Görli werden wir fortführen. Dabei wollen wir uns die gute Erfahrung mit den Marktständen zu Eigen machen, bei der wir direkt und ohne Hemmschwelle viele BürgerInnen erreichen konnten, um dort ihre Meinung zu äußern und die dies auch munter taten.

Hans Panhoff,
Stadtrat für Umwelt, Verkehr, Grünflächen und Immobilienservice

Autogrammjäger für die Energiewende

Am 22. September ist nicht nur die Bundestagswahl. In den Wahllokalen sollen Sie auch die Energiewende in Berlin einleiten können. Das ist das Ziel des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“.

Genau wie beim Wasser-Volksbegehren sollen auch beim Klimaschutz die Berlinerinnen und Berliner dem Senat auf die Sprünge helfen. Wir möchten Sie dafür gewinnen, als Autogrammjäger/in dieses Volksbegehren zu unterstützen.

Bitte stecken Sie sich ein paar Unterschriftenlisten des Volksbegehrens in die Tasche und geben sie diese herum im Freundeskreis, beim Elternabend oder in der Vorlesung. Denn nur wenn wir zusammen bis zum 10. Juni knapp 200.000 Unterschriften sammeln, kann gibt es einen Volksentscheid.

Das Volksbegehren verlangt die Gründung eines Stadtwerks in Berlin, das erneuerbare Energie herstellen und Energie einsparen soll. Außerdem soll das Stromnetz, das heute Vattenfall gehört, in die Hand der Bürgerinnen und Bürger gegeben werden. Unter dem Wowereit-Senat ist Berlin im Bundesländervergleich bei den erneuerbaren Energien auf den letzten Platz abgerutscht. Bis 2020 will der Senat 1,5% der Berliner Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie gewinnen – ein lächerliches Ziel, denn im Rest der Republik decken die erneuerbaren Energien schon heute 25% des Strombedarfs.

Jede Stimme zählt!

Bitte helfen Sie mit, die Energiewende in Berlin gegen den Wowereit-Senat durchzusetzen. Denn auch wenn die Unterschriftensammlung bisher so gut läuft wie beim Wasservolksbegehren: Auch dieses war nur erfolgreich, weil im Schlussspurt sehr viele Menschen noch zahlreiche Unterschriften gesammelt haben.

Unterschriftenlisten für das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ zum Ausdrucken finden Sie auf der Website ***www.berliner-energietisch.net***

Eine weitere Möglichkeit, die Energiewende in Berlin zu unterstützen, ist die Genossenschaft „Bürger Energie Berlin“. Ihr Ziel ist, einen möglichst großen Anteil des Berliner Stromnetzes in Bürgerhand zu nehmen und die Rendite teilweise in Erneuerbare Energien zu investieren. Sie können sich als Mitglied oder Treugeber/in an dieser Genossenschaft beteiligen. Weitere Informationen finden Sie auf ***www.buerger-energie-berlin.de***.

Michael Schäfer,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik

Neugierig, fähig und selbstbewusst Frühkindliche Bildung für alle Kinder

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus hat ein Positionspapier zur Situation der Kitas in Berlin erstellt, indem neben der Darstellung des Ist-Zustandes Forderungen für die Verbesserung der Situation in den Berliner Kitas erarbeitet wird.

Berliner Kitas auf dem Weg – grüne Positionen für einen zeitnahen Ausbau von Kitaplätzen in hoher Qualität, so lautet der Titel des Positionspapiers der Grünen Berliner Abgeordnetenhausfraktion, welches eine wichtige Grundlage für die Kita-Politik der Fraktion in dieser Legislaturperiode bildet. Einen wesentlichen Punkt bildet zwar der Ausbau der Kapazitäten an Plätzen, die Herausforderung wird aber die Sicherung der erreichten Qualität in der frühkindlichen Bildung der Kleinsten und deren Weiterentwicklung sein. Derzeit besteht ein deutlicher Mangel an Kitaplätzen und am nötigen Fachpersonal, also qualifizierter Erzieherinnen und Erzieher.

Kitas sind Lernorte

Die Kita ist außerhalb der eigenen Familie für ein kleines Kind einer der wichtigsten Lernorte. In den Berliner Kitas werden kleine Kinder umfassend in ihrer Entwicklung gefördert, ihre Fähigkeiten verbessert, ihnen soziale Kompetenzen vermittelt. Bildungs-, Teilhabe- und Lebenschancen von Kindern, die sonst von Beginn an sozial benachteiligt sind, können so erheblich verbessert werden. Die Kinder entdecken und erforschen ihre Welt in ihrer konkreten Lebenswelt selbsttätig und werden dabei vom Fachpersonal begleitet, ermutigt und angeregt. Vertrauen ist zwischen den ErzieherInnen und den Eltern notwendig. Die Eltern sind die wichtigste Erziehungs- und Orientierungsinstanz für ihre Kinder. Deshalb ist das Gelingen einer optimalen Entwicklung der Kinder nur in einer engen Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Kita möglich. Die Wirksamkeit der frühkindlichen Bildung hängt maßgeblich von der Qualität der Arbeit in jeder einzelnen Kita ab. In Berlin sind bereits wichtige Grundlagen für eine gute Qualität in den Kitas vorhanden, z.B. das Berliner Bildungsprogramm. Zur Qualitätsentwicklung steht den Kitas das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung und alle Kitas sind verpflichtet, eine externe Evaluation innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Gründung durchzuführen.

Berlin mangelt es allerdings deutlich an einem funktionierenden System zur öffentlichen Einschätzung der Qualität der Kitas und zur externen Qualitätskontrolle. Weder die zuständige Senatsverwaltung, noch die Jugendämter in den Bezirken und schon gar nicht die eine passende Kita suchenden Eltern haben einen fundierten Überblick über die Qualität der Arbeit der einzelnen Kitas und ihre Entwicklung.

Berlin wächst wieder und wird nach den aktuellsten Bevölkerungszahlen noch erheblich weiter wachsen. Dabei sind es besonders junge Menschen, die neu nach Berlin ziehen. Bereits heute ist das Angebot an Kitaplätzen so knapp, dass die Träger lange Wartelisten melden, der Zuzug junger Familien verstärkt diesen Bedarfsdruck weiter. Aktuell wird von einem zusätzlichen Bedarf von etwa 20.000 Plätzen ausgegangen, dieser Bedarf kann in naher Zukunft noch ansteigen. Z.Zt. geht man von Durchschnittskosten für die Schaffung eines Kitaplatzes von etwa 10.000 € aus.

Berlin braucht mehr Kitaplätze

Um den Ausbau, auch den notwendigen qualitativen Ausbau der Kitas voran zu bringen, müssten nach Grüner Meinung 100 Millionen Euro in den nächsten Berliner Landeshaushalt eingestellt werden. Der Ansatz von Rot-Schwarz, 20 Millionen Euro einzusetzen, wird nicht ausreichen, um die Plätze in entsprechender Zahl qualitativ gut auszustatten und genügend Fachkräfte einzustellen und auszubilden. Schon jetzt gibt es in Berlin einen Fachkräftemangel. Kitaträger und andere Einrichtungen haben bereits Schwierigkeiten ausreichend Personal zu bekommen, um jederzeit alle Anforderungen an Personalschlüssel und Qualität für die bereits bestehenden Kitaplätze erfüllen zu können. Die GEW schätzt den zusätzlichen Bedarf bis 2015 auf 5.000 Fachkräfte.

Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen neu gewählt

Der neue Landesvorstand (v.l.n.r.): Marc Urbatsch, Meike Berg, Karoline Killat, Carola Wesbuer, Bettina Jarasch, Tilo Fuchs, Daniel Wesener *Foto: Christian Honnens*

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 16.03.2013 wurde der Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen neugewählt. Bettina Jarasch und Daniel Wesener wurden mit rund 95 Prozent als SprecherInnen bestätigt.

„Gemeinsam sind wir stark“, habe ich 2011 in meiner Bewerbung geschrieben und davon bin ich heute umso mehr überzeugt.“, sagte Daniel Wesener in seiner Bewerbungsrede. „Unsere Stärke ist die innerparteiliche Vielfalt und das Bewusstsein dafür, dass grüne Visionen und konkrete Politik, Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zum Kompromiss keine Widersprüche sind, sondern sich gegenseitig bedingen.“

Ebenso wurde Bettina Jarasch mit 95 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzende bestätigt. Als Beisitzerin im Landesvorstand wurden Meike Berg aus Friedrichs-Kreuzberg, sowie Karoline Killat, Carola Wesbuer und Tilo Fuchs gewählt. Als Schatzmeister wurde Marc Urbatsch bestätigt.

Tim Lüddemann

Obdachlosentheater bald obdachlos

Seit 2011 erhalten die RATTEN 07 keine Förderung mehr. Die letzten Reserven sind aufgebraucht.

Die Ratten sind geblieben. Vor 20 Jahren hatte der englische Regisseur Jeremy Weller die Idee, bei der theatralischen Umsetzung von Albert Camus' Roman „Die Pest" an der Volksbühne, die durch die Seuche zu Ratten mutierten Menschen des Romans durch Obdachlose darstellen zu lassen. Aber er hatte wohl nicht damit gerechnet, dass sich sieben von ihnen nach Beendigung des Projektes nicht ganz so einfach aus Kantine und Garderobe vertreiben lassen würden und weiter Theater spielen wollten. Inzwischen kann die aus diesen Anfängen entstandene Obdachlosentheatergruppe die RATTEN 07 auf mehr als 50 Produktionen zurückschauen.

Eine Szene aus „Biberpelzen" *Foto: Eckhard Jonalnik*

Dem Büro droht das Aus

Die neueste Produktion, „Biberpelzen" nach Gerhard Hauptmann, wurde anlässlich des zwanzigsten Jubiläums am 19. Dezember 2012 aufgeführt und war anschließend in der Friedrichshainer Theaterkapelle zu sehen. Sie bot dem Publikum einen spannenden, witzigen und überzeugenden Theaterabend. Doch obwohl von der Akademie der Künste mit dem Kunstpreis für Darstellende Kunst der Stadt Berlin ausgezeichnet, trotz mehrfacher Auswahl unter die acht besten Off-Inszenierungen des gesamten deutschsprachigen Raumes, zahlreicher Gastspiele, auch an so etablierten Häusern wie dem Schauspielhaus Hamburg, erhalten die RATTEN 07 seit 2011 keinerlei Förderung mehr, d.h. keine Fördermittel von Institutionen, dem Senat oder Bezirk. „Biberpelzen" etwa konnte nur durch ein privates Darlehen, organisiert vom Förderverein „Freude der Ratten e.V.", ermöglicht werden. Das war nur eine Notlösung und sicher kein nachhaltiges Finanzierungsmodell.

Und nun ist das Obdachlosentheater die RATTEN 07 selbst von Obdachlosigkeit bedroht. Was sich ein wenig schizophren anhören mag. Aber auch ein Obdachlosentheater braucht Räume, in denen Produktionen erarbeitet und geprobt werden, Räume, in denen die Stücke aufgeführt werden können und nicht zuletzt auch einen Raum, der als Anlaufpunkt dienen kann, der der Truppe einen Mittelpunkt gibt, von dem aus agiert und geplant werden kann. Noch gibt es dafür ein Büro auf dem RAW-Gelände in der Revaler Straße in Friedrichshain. Doch mangels Förderung ist ungewiss, wie zukünftig die 350 Euro monatliche Miete zusammengebracht werden sollen. Daher hat der Förderverein nun einen Spendenaufruf bei betterplace.org gestartet. 4190,- Euro müssen noch zusammenkommen, damit die RATTEN 07 auch zukünftig ein zu Hause haben.

Die RATTEN 07 geben nicht auf. Nach 20 Jahren wollen sie wieder auf die Straße und laden im Sommer ein zu „Ratten mobil – ein Kiezspektakel", einer theatralen Stadtwanderung durch ihren Heimatkiez Friedrichshain - Kreuzberg. Ausgehend vom RAW-Gelände werden auf der Straße, auf Plätzen, Höfen, Parks und Wiesen, auf U- und S-Bahnhöfen Szenen aus den Produktionen der letzten zwanzig Jahre gezeigt, von Beckett, Büchner und Brecht zu Hauptmann und Ionesco.

Straßentheater im Sommer

Die RATTEN 07 wollen weiterspielen! Und dazu sind sie auf Spenden und Unterstützung angewiesen.

Spenden über ***betterplace.org*** oder direkt an den Förderverein.

Freunde der Ratten e.V.
Spendenkonto:
Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00
Konto-Nr. 728 4556 008

Kontakt:
Revaler Straße 99
10245 Berlin
Telefon 030 / 69 81 91 88
E-mail ***ratten.nullsieben@berlin.de***

Werner Heck,
Bürgerdeputierter im
Ausschuss für Kultur und Bildung

Der Weg zum Ersten Weltkrieg

Vor 135 Jahren trafen sich die Großmächte in der Berliner Wilhelmstraße. Sie legten die politische Zukunft des Balkans fest und stellten damit auch die Weichen zum Ersten Weltkrieg.

Der graue Plattenbau in der Wilhelmstraße lässt nicht vermuten, dass er auf dem Gelände der Alten Reichskanzlei von Otto von Bismarck steht. Als Gastgeber und wie er es ausdrückte ehrlicher Makler hatte der Reichskanzler vor 135 Jahren die Vertreter der damaligen Großmächte eingeladen, über die Zukunft des Balkans zu konferieren. Die Menschen in Südosteuropa waren hierbei Manövriermasse im Spiel um Einflusshären.

Der Balkan als Streitobjekt

Vier Staaten fochten damals um die Dominanz in Südosteuropa. Da war zum einen Österreich-Ungarn. Seitdem die in Wien regierende Familie Habsburg ihre Vormachtsstellung in Deutschland an die in Berlin sitzenden Familie Hohenzollern verloren hatte, konzentrierte sie ihre Außenpolitik verstärkt auf den Balkanraum.

Das tat gleichzeitig auch die Familie Romanow aus Sankt Petersburg. Die christlich-orthodoxen russischen Zaren verstanden sich als Schutzmacht der dortigen christlich-orthodoxen Slawen. Davon unabhängig sollte das auf Expansion ausgerichtete Russland einen Zugang zum eisfreien Mittelmeer erhalten.

Den hatte sich aber bereits vor Jahrhunderten die aus Kleinasien stammende Familie Osman gesichert. Ihr Staat, das Osmanische Reich, war ein von Aufständen der christlichen Balkanbevölkerung erschüttertes Gebilde. Weshalb der russische Zar gerne vom kranken Mann am Bosporus sprach, den es militärisch zu besiegen galt.

Das konnte wiederum dem britischen Empire nicht gefallen. London trat vehement für den Erhalt des politisch schwachen und ökonomisch von Großbritannien abhängigen osmanischen Vielvölkerstaates ein. Unter keinen Umständen sollte Russland durch eine Präsenz im Mittelmeer Britanniens Verbindung zu seinen Kolonien in Asien gefährden.

Von San Stefano nach Berlin nach Sarajevo

Nach einem Aufstand osmanischer Serben und Bulgaren erklärte Russland dem Osmanischen Reich am 14. April 1877 den Krieg und ließ seine Soldaten bis vor die Tore der Hauptstadt Konstantinopel marschieren. In dem kleinen Fischerdorf San Stefano diktierte das Zarenreich einen Frieden, der das Osmanische Reich weitestgehend vom Balkan gedrängt hätte. Pro-russische Satellitenstaaten sollten es ersetzten. Großbritannien schickte daraufhin seine Flotte. Ein britisch-russischer Krieg drohte. Um einen Krieg zu verhindern lud Bismarck zu einer Großmächtekonferenz in seine Reichskanzlei. Ein Verhandlungsmarathon begann, der am 13. Juli 1878 mit dem Berliner Vertrag endete. Das politisch isolierte Russland musste akzeptieren, dass weite Teile des Balkans osmanisch blieben. Ferner erhielt Wien das Recht auf eine Besetzung Bosniens, um somit den russischen Einfluss auf dem Balkan weiter zu schmälern. Serbische Nationalisten die für ein serbisches Großreich kämpften, wollten das nicht akzeptieren. Am 28. Juni 1914 erschoss einer von ihnen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand während dessen Fahrt durch die bosnische Hauptstadt Sarajevo. Wien machte den kleinen serbischen Staat für den Mord verantwortlich und erklärte ihm den Krieg. Russland unterstützte wiederum Serbien und mobilisiert seine Soldaten. Berlin stand wiederum zu Wien und Paris zu Sankt Petersburg. Und so nahm der Erste Weltkrieg seinen Lauf. Aber angefangen hatte alles bereits 1878, als die Großmächte in der grauen Wilhelmstraße die Zukunft des Balkans besprachen.

Alexander Jossifidis

Kältehilfe platzt aus allen Nähten, mal wieder

Nach dem langen Winter zeigt sich: Immer mehr Menschen sind obdachlos in Berlin und bei Minusgraden in Lebensgefahr. Das zeigen die Zahlen der Berliner Kältehilfe. Zuständig sind die Bezirke – dabei ist das Problem international.

Während für die meisten Menschen der raue Winter einfach nur lästig war, ist er für Berlins Obdachlose schlicht lebensgefährlich. Die Berliner Stadtmission geht davon aus, dass etwa 10.000 Menschen in Berlin auf der Straße leben. Jedes Jahr sterben einige von ihnen an Erfrierungen oder an mittelbaren Folgen der Kälte, z.B. an verschleppten Krankheiten. Die Berliner Kältehilfe ist ein Zusammenschluss verschiedener Träger, der Senatsverwaltung für Soziales und den Berliner Bezirken mit dem Ziel, im Winter zusätzliche, im Zweifel lebensrettende Schlafplätze für Obdachlose anzubieten. Dabei gibt es verschiedene Einrichtungen. Sogenannte Notübernachtungen zum Beispiel sind jeden Tag der Woche geöffnet, Nachtcafés nur jeweils einen Tag in der Woche.

Mehr Frauen und EU-BürgerInnen

In Friedrichshain-Kreuzberg wurden 2012/2013 insgesamt 110 Schlafplätze angeboten. Zehn davon waren in der Frauennotübernachtung am Segitzdamm ausschließlich Frauen vorbehalten. Wegen der hohen Nachfrage wurde die Zahl der Plätze auf 15 erhöht. Insgesamt werden etwa 70 % der Plätze aus dem Bezirkshaushalt finanziert. Der Rest wird dem Bezirk vom Land zurückerstattet. Prinzipiell ist für Obdachlose der Bezirk zuständig, solange sie nicht unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Während der Kältehilfesaison wird jedoch mit der Senatsverwaltung für Soziales besonders eng zusammengearbeitet, was gerade für die Kosten der Überbelegung wichtig ist.

Bereits im Dezember 2012 ließ sich ein klarer Trend erkennen: Gerade die täglich geöffneten Notübernachtungen waren regelmäßig überbelegt. Abgewiesen wurde dabei niemand, sondern lediglich an andere Einrichtungen vermittelt. Das hatte in vielen Einrichtungen zur Folge, dass schnell Matratzen organisiert werden mussten und quasi überall auf dem Boden verteilt wurden. Dies wäre ohne das große Engagement der MitarbeiterInnen und der vielen ehrenamtlichen HelferInnen nicht möglich gewesen. Dabei wird die Klientel immer internationaler: Neben den seit einigen Jahren zahlreicher werdenden Menschen aus Osteuropa landeten dieses Jahr deutlich mehr Obdachlose aus westeuropäischen Krisenländern in den Einrichtungen. Zum Einsatz kamen auch die sogenannten Frostschutzengel: Drei MitarbeiterInnen, die mit ihren osteuropäischen Sprachkenntnissen wichtige Vermittlungsfunktionen übernehmen konnten. Ebenfalls steigend ist die Anzahl der Frauen, was besondere Anforderungen an die Einrichtungen stellt, da Frauen häufig auf geschützte Räume angewiesen sind. Dies zeigte auf tragische Weise ein Fall Ende Januar in Moabit, als zwei Männer eine obdachlose Frau so schwer vergewaltigten, dass sie in Lebensgefahr geriet. Die Zahl der Plätze, gerade solche für Frauen, muss also erhöht werden. Welches Finanzierungsmodell man hier wählt, bleibt zu entscheiden. Ziel bleibt in jedem Fall, die Zahl der Erfrierungstoten auf null zu senken – und zwar in ganz Berlin. Ist das gelungen, muss der Blick auf das ganze Jahr gerichtet werden. Denn auch im Sommer ist Obdachlosigkeit als soziale Endstation nicht hinnehmbar.

Jonas Schemmel,
Bezirksverordneter

Geschäftsführernder Ausschuss neu gewählt

Der neue Geschäftsführende Ausschuss unseres Kreisverbands (v.l.n.r.): Werner Graf, Sarah Jermutus, Valentin Münscher, Annika Gerold, Karl-Heinz Bergt und Gesine Agena *Foto: ck*

Franz Schulz hört auf

Der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg Franz Schulz wird Anfang August 65. Seine Gesundheit zwingt ihn, sein Pläne länger im Amt zu bleiben, aufzugeben. Mit seinem 20 jährigen kommunalpolitischen Engagement hat er den Bezirk geprägt.

Schulz, früher in der Kreuzberger Hausbesetzerbewegung aktiv, kam zur Wende zu den Grünen und wurde 1992 Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung. 1995 ermöglichte ein gutes Wahlergebnis drei grüne Bezirksbürgermeister, und Franz Schulz war einer davon. Nach der Bezirksfusion stellten die Linken mit Cornelia Reinauer die Bezirksbürgermeisterin und Franz Schulz wurde Baustadtrat, um nach 2006 wieder Bezirksbürgermeister zu werden. Das Stadtplanungsamt hat er seit 1996 durchgehend inne.

Franz Schulz *Foto: ck*

Den Investoren einiges abverhandeln

In diesen fast 20 Jahren hat er mit unzähligen Investoren verhandelt. Und er hat viel für den Bezirk herausgeschlagen. Viele Investoren haben neben ihren Bauprojekten dann eben auch eine Kita, eine Grünfläche oder eine Sportfläche finanziert; so viel wie in keinem andere Berliner Bezirk. „Er hat sich mit Großinvestoren in knallharte Verhandlungen begeben und Kompromisse erreicht, die man nicht für möglich gehalten hätte“, betont Antje Kapek, langjährige Wegbegleiterin.

Ähnlich erfolgreich war er bei Verhandlungen mit Aktivisten, linken Gruppen und Bürgerinitiativen. Manche meinten, er verhandele so lange bis alle anderen müde sind. Und der Verhandlungsprozess zum Bethanien dauerte gleich mehrere Jahre. Konnte dann aber durch einen Nutzungsvertrag erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, einer der großen Erfolge von Schulz. Auch der ein oder andere Friedrichshainer Clubbetreiber wird Schulz vermissen, der immer der Auffassung war, dass Clubs zum Bezirk gehören. Was eine Wanderungsbewegung aus anderen Bezirken, vor allem von Clubs aus Pankow zum Schlesischen Tor auslöste.

Und ganz besonders am Herzen lag ihm die Kreuzberger Mischung, also die vielen kleinen Betriebe gleich neben dem Wohnen, das alternative Miteinander aus Migranten, Studenten, Lebenskünstlern. Und als diese Mischung durch die galoppierenden Mieten in Gefahr geriet, war Schulz einer der ersten, der berlinweit Alarm schlug. Zu einer Zeit als die rot-rote Koalition noch rundheraus abstritt, dass eine Wohnungsnotlage bestehe.

Kreuzberger Mischung erhalten

Durch sein Engagement für seine Kreuzberger und Friedrichshainer hat er deutlich gemacht, wem er sich verpflichtet fühlt. Und Diskursen über neues städtisches Bürgertum oder dem Neuköllner Alarmismus von Buschkowsky eine klare Absage erteilt. Als Regent hat er betont sachlich und beharrlich gezeigt, dass grüne Politik erfolgreich sein kann, wenn nicht hektisch jeder Mode gefolgt wird. Und als die protestierenden Flüchtlinge vom Pariser Platz vertrieben wurde, stellte er ihnen den Oranienplatz zur Verfügung. Weil die Forderungen „richtig seien“. Deshalb betont Gesine Agena, grünes Vorstandmitglied, Schulz stehe für eine „faire Mietenpolitik“ und einen „multikulturellen Bezirk, der niemanden ausschließt“.

Kein Erfolg war ihm bisher in seinem zähen Widerstand gegen die Verlängerung der Autobahn A 100 bis an die Bezirksgrenze beschieden. Zwar holte er für den Bezirk - gegen den erklärten Willen der Senatsverwaltung für Bauen - Verkehrsgutachten zu den verheerenden Auswirkungen gerade im Bereich Schlesische Straße und Elsenbrücke ein und klagte für den Bezirk vor dem Bundesverwaltungsgericht. Der Senat ließ sich von seinen Plänen jedoch nicht abbringen.

Privat hat Schulz einen erwachsenen Sohn und lebt seit Jahren im Wrangelkiez. In seinem früheren Leben war er Fotolithograf, weshalb das ein oder andere Wahlplakat aber auch das ein oder andere Comic der Radikal seine Handschrift trägt. Über das Abendgymnasium machte er Abitur, studierte Physik und promovierte. Das Alternative und Unkonventionelle hat er sich erhalten, machte er sich doch nie etwas aus der großen Inszenierung, für die sein Vorgänger im Amt, Peter Strieder, bekannt war. Und über die Missbilligung der SPD, im Olympiastadium bei der Nationalhymne sitzen geblieben zu sein kann er sicher heute noch milde schmunzeln.

Dirk Behrendt,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Schwerpunktthema: 1. Mai / Arbeit / Nazis

Besser, Anders, Weniger

Interview mit Dr. Hermann Ott, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, deren Ergebnisse am 15 April 2013 in der abschließenden Sitzung der Enquete vorgestellt wurden.

Stachel: *Was sind aus Grüner Sicht die wichtigsten Erkenntnisse der Enquete Kommission?*

Hermann Ott: Es gibt eine wichtige Erkenntnis aus der Projektgruppe 3, die ich geleitet habe, bei der es um die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum geht: den Rebound Effekt. Was unheimlich frustriert ist, dass obwohl Technologien immer besser und effizienter werden, der Verbrauch und die Schadstoffausstöße dennoch nicht zurückgehen. Das liegt daran, dass technologische Verbesserungen im Normalfall durch verändertes Nutzerverhalten „aufgefressen“ werden, nach dem Motto ‚das verbraucht weniger, daher kann man es mehr nutzen‘. Die Idee hatte der britische Ökonom Jevons schon 1865, doch wenige haben sich bisher ernsthaft mit diesem „Jevons-Paradox“ beschäftigt.

Welche maßgeblichen Veränderungen sind diesbezüglich in Zukunft zu erwarten?

Es muss eine Revolution stattfinden bezüglich der Art und Weise wie wir mit dem Thema umgehen. Die Politik muss geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Technologische Verbesserungen alleine sind unzureichend denn sie führen zu Mehrverbrauch. Sie müssen begleitet werden von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Innovationen. Der Gesetzgeber kann feste Obergrenzen setzen, einerseits für den Energie- und Rohstoffverbrauch und andererseits für die Schadstoffe. Des Weiteren muss es eine Preisgestaltung geben bei der sichergestellt wird, dass das Geld nicht für mehr Produkte oder Aktivitäten ausgegeben wird, die letztendlich zu mehr Energie- und Rohstoffverbrauch führen.

Die Studie des Wuppertal Instituts „Ein Zukunftsfähiges Deutschland II“ führte die Faustformel eines „Besser“, „Anders“ und „Weniger“ ein, was im Bericht auch als „Effizienz, Konsistenz und Suffizienz“ übersetzt wurde. Worum geht es bei diesen Kriterien?

Hermann Ott *Foto: privat*

‚Effizienz‘ ist klar. ‚Konsistenz‘ meint ‚in Einklang mit den ökologischen natürlichen Systemen wirtschaften‘. Hierfür ist die erneuerbare Energie ein Beispiel, sowie die Idee der kompletten Kreislaufwirtschaft bei der es keinen Abfall mehr gibt. ‚Suffizienz‘ ist am wenigsten bekannt, meint aber eine Philosophie des „genug“, der Genügsamkeit. Die große Aufgabe ist es nun darüber nachzudenken, wie man erreichen kann, dass Menschen sich anders definieren und sich und andere anders wertschätzen. Hierbei setzt die junge Generation positive Zeichen - Stichwort ‚teilen statt kaufen‘ oder ‚urban gardening‘. Hierbei geht es um ein Miteinander, und dadurch dass nicht jeder seine eigene Bohrmaschine besitzt, spart das gleichzeitig Ressourcen. Das sind starke Impulse für eine neue Gesellschaft.

Ein Fokus der Enquete Kommission lag auf Wachstum. Welche Erkenntnisse gibt es in diesem Bereich?

Ludwig Erhard sagte einst ‚Wirtschaftswachstum darf kein Zweck sein, sondern nur Mittel‘. Unsere Erkenntnis ist jedoch, dass Wachstum nicht einmal als Mittel taugt, denn es führt weder zu einer sozial gerechten Gesellschaft, noch ist es ein nachhaltiges Mittel, denn es birgt die Gefahr, dass wir damit die Grenzen unserer Ökosphäre sprengen. Das BIP kann nur EIN Indikator unter vielen sein. Wichtig ist, dass wir zunächst unsere politischen Ziele im Bereich Wirtschaft, Sozialpolitik und Ökologie erreichen, z.B. die Entkopplung der Sozialsysteme von der Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums. Danach erst schauen wir, was das mit dem BIP macht. Ich bin kein Befürworter der Idee das BIP zu halbieren, denn das ist ein Gefecht auf symbolischer Ebene. Wir müssen die absoluten Grenzen unseres Planeten einhalten und wir müssen global gerecht verteilen. Mit den Maßnahmen, die wir einleiten, kann es dann durchaus sein, dass das BIP schrumpft. Wir haben heute schon eine Tendenz der fallenden Wachstumsraten: von 10% in den 50er Jahre sind wir nun bei 1,3%.

Wie gelingt ökologisch nachhaltiges Wirtschaften global?

Wir können Andere nicht zwingen, das ist klar. Aber wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen und es klappt, wird man sich an unserem Modell orientieren. Wir müssen z.B. darüber nachdenken, wie wir Andere überzeugen können ihre Ressourcen nicht auszubeuten. Es gibt ein Beispiel, das so etwas versucht und das als Modell dienen könnte: die Yasuní ITT Initiative. Hierbei wird die Ecuadorianische Regierung mit 50% der entgangenen Einnahmen für die Nichterschließung des Erdölvorkommens entschädigt. Seit 2010 gibt es dafür ein Abkommen mit den Vereinten Nationen. Das ist ein konkretes Umverteilungsprojekt, das wir auf ganz vielen Ebenen machen müssen. Die Bundesregierung weigert sich das zu machen – gerade aufgrund der Signalwirkung. Wir werden es tun.

In wie fern spiegelt sich der Green New Deal in den Ergebnissen der Enquete Kommission wieder?

Wir haben mit dem Green New Deal ganz gut vorgelegt. Das sozialökologische Reformprojekt der Enquete Kommission wird von der ganzen Opposition im Bundestag mitgetragen, sowie von einigen „Bürgerlichen“. Wir brauchen nun eine Weiterentwicklung des Green New Deals. Ich glaube nicht, dass man exponentielles Wachstum mit geringerem Ressourceneinsatz vereinbaren kann. Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass ein mit der Erde konsistentes Wirtschaften möglich ist. Wir müssen Wertmaßstäbe entwickeln, die nicht vom materiellen Wohlstand und Wachstum abhängig sind. Manche leben jetzt schon nach solchen Prinzipien und diese Teile der Gesellschaft nehmen zu: einige leben ohne Auto, andere ziehen es vor Permakultur zu betreiben, anstatt auf Karriere zu setzen, viele leben vegetarisch oder vegan.

Was kann die Politik tun, um einen ökologisch-sozialen Lebensstil zu fördern?

Wir müssen aufhören Lebensstile zu privilegieren, die einen erhöhten Ressourcenverbrauch mit sich bringen, wie die Pendlerpauschale, oder an kurzfristigem Gewinn orientierte Unternehmensformen wie Aktiengesellschaften und stattdessen Genossenschaften fördern, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und denen momentan alle möglichen Steine in den Weg gelegt werden. Es ist mir gelungen diesen Punkt einzubringen, aber da muss man noch unheimlich viele bürokratische Hemmnisse überwinden. Des Weiteren muss man regionale Kreisläufe fördern, sowohl im Ernährungs- als auch im Wirtschaftsbereich.

Welche Veränderungen müssten im Bereich Arbeit stattfinden?

Wir messen momentan der Erwerbsarbeit eine irrsinnig hohe Bedeutung zu. Soziale Arbeit wird wenig geschätzt und schlecht bezahlt. Man muss Formen des Engagements im Bereich z.B. der Stadtentwicklung oder Pflegearbeit fördern. Gleichfalls müsste man das Grundeinkommen einführen, damit Menschen jenseits der Erwerbsarbeit tätig werden können, sich umschulen und umgucken können, ohne anhand alter Schablone agieren zu müssen.

Gab es eine gemeinsame Linie bezüglich Arbeit und Nachhaltigkeit?

Leider gab es keine gemeinsame Linie. Es gibt Tendenzen bezüglich Flexibilisierung und Zeitbudgets, jedoch bewegt man sich dort immer noch innerhalb der traditionellen Arbeitsbegriffe. Ich war z.B. der einzige, der ein Grundeinkommen in der Arbeitsgruppe gefordert hat, und werde mich auch dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode eine Enquete Kommission zum Grundeinkommen geschaffen wird.

Ist solidarisches Wirtschaften und Arbeiten ein Trend, der in Zukunft gefördert wird?

Absolut. Es ist mir sogar gelungen den Begriff solidarische Ökonomie als Begriff und Idee in den Bericht reinzubringen – mit Unterzeichnung der schwarz-gelben Mitglieder!

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Melanie Zagrean

Wo immer ich meinen Fuß im Kiez hinsetze, ist doch schon Linkentreffen

Ein Besuch bei Tine Hauser-Jabs, die im März aus gesundheitlichen Gründen als Bezirksverordnete zurückgetreten ist.

Als ich in der spätmärzlichen Arscheskälte durch die Hauseingangstür am Kottbusser Damm gleich neben dem Zickenplatz trat, war mein erster Gedanke: man sollte mal eine Reportage über Treppenhäuser machen. Kaum drinnen, möchte man gleich wieder umdrehen. Der Gang eine einzige hässliche Baustelle.

Tine empfängt mich strahlend in der schlichten Altbauwohnung mit einem Angebot an Leckereien vom Türken nebenan und den Worten „was du jetzt nicht aufisst, musst du mit nach Hause nehmen“. Kein Problem. Ich kenne Tine seit meinem Parteibeitritt im Sommer 2002. Stets gut gelaunt, mit knallroten Haaren im Post-Hippie-Outfit – bunt statt schwarz - war sie mit ihren klaren, schelmenhaften Augen für mich eindeutig als Ur-Grüne erkennbar und fiel selbst in dem grün-alternativen Haufen auf.

Tine *Foto: ck*

Bunt statt schwarz

Ebenso klar und irgendwie klassisch-grün, war ihr politischer Werdegang. Schon als sie 1976 – gerade Mutter geworden - nach Berlin kam, engagierte sie sich gewerkschaftlich und kam so mit Leuten wie Reimund Helms (der zunächst für die Alternative Liste in die Kreuzberger BVV und später dann für die Grünen ins Abgeordnetenhaus zog) und Lutz Wende zusammen. Sie saß mit Begeisterung in der Gründungsveranstaltung der Alternativen Liste Berlin und mischte seit dem in allen Wahlkämpfen aktiv mit. Besonders zum 2005 verstorbenen Reimund entwickelte sich ein freundschaftliches Verhältnis. Über ihn lernte sie auch die spätere Landesvorsitzende Barbara Oesterheld († 2009) kennen. Beide gewannen Tine nicht nur für die aktive Mitarbeit bei den Kreuzberger Alternativen sondern konnten sie auch zum Einzug in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) bewegen.

Sie wohnte während der Hausbesetzerzeit in großen WGs, eilte von Demo zu Demo, engagierte sich für Mädchen- und Frauenrechte, war empört über die Ungleichbehandlung ihrer schwulen und lesbischen Freunde, schob Elterndienst im alternativen Kinderladen und war schon damals nicht auf den Mund gefallen. Nach der Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße trat sie erneut in die Partei ein, nachdem ihr Ersteintritt wahrscheinlich bei der Umstellung von Karteikärtchen auf Computerspeicherung verschütt gegangen war.

Auch in Kreuzberg musste sie zwei mal Anlauf nehmen: „Das lag an meinem Sekretärinnen-Look“, meint Tine lachend. Sie arbeitete in der Verwaltung einer Stiftung und konnte dem vorherrschenden schwarzen Einheitslook schon damals nicht viel abgewinnen. Rock und Bluse statt Kapuzenpulli und Jeans. Zu bunt galt vielfach als naiv. Bei ihrer Vorstellung in der Kreuzberger Geschäftsstelle, damals ein Keller in der Oranienstraße, bei der Tine ihre Hilfe für den Wahlkampf in Kreuzberg anbot, musterte sie die Vertreterin des damaligen GA von oben bis unten und meinte bloß: „Mit dir will ich eher nicht zusammen arbeiten.“ - „Und für dich ziehe ich kein schwarzes Kapuzi an“, dachte Tine. Wirklich willkommen geheißen wurde sie erst später dank einer ausdrücklichen Empfehlung von Barbara. Seit dem immerhin ist sie aus unserem Kreisverband nicht mehr wegzudenken.

Basisorientiert und undogmatisch links

Mit ihrer undogmatischen, basisorientierten Arbeit hat Tine aber auch innerhalb der Grünen manchmal für Irritation gesorgt. Obwohl sie sich selbst als „Linke“ sieht, hält sie nicht viel von abgeschotteten Zirkeln und ist z. B. nicht auf der Verteilerliste der Berliner grünen Linken. Auf die Frage von Hans-Christian Ströbele, warum sie eigentlich nicht regelmäßig zum Linken-Treffen gehe, antwortete sie scherzhaft: „Mensch Christian, wo immer ich meinen Fuß in Kreuzberg auch hinsetze, da ist doch schon Linkentreffen!“. Links, das ist für sie Basisarbeit vor Ort, den Menschen in der unmittelbaren Umgebung bei ihren alltäglichen Problemen weiter zu helfen, ansprechbar zu sein und Initiativen zu starten, die den Menschen konkret nützen. Linkentreffen, das war für sie z. B. eine Parkbank auf dem Zickenplatz, auf der man sie in ihrer Freizeit antreffen konnte, die zu einer Art Nachbarschafts-Beratungsstelle mutierte und bei schlechten Wetter eben geschlossen war.

Folgerichtig, dass es Tine eher in die Kommunal- statt in die Landes- oder Bundespolitik zog und sie sich in der BVV sehr gut aufgehoben sah.

Nach ihren politischen Schwerpunkten in der BVV gefragt, nennt Tine spontan vier: Mutter-Kind-Kuren für Mütter und Familien mit Migrationshintergrund als kassenärztliche Versorgung zugänglich machen; die Förderung des Frauen- und Mädchensport; die Initiierung der grünen Weinkönig_in als Event für Vielfalt und Toleranz und zuletzt ihr Antrag, bezirkliche Gebäude, die im Liegenschaftsfond des Landes lagern, als Projekte-Häuser den bezirklichen Initiativen zu überlassen, anstatt sie dem Verscherbeln preiszugeben.

In allen Bereichen kann sie konkrete Erfolge vorweisen. So wurden nach jahrelangen Bemühungen (auch auf Bundesebene, da wirbelte Tine damals als Bundesfrauenrätin) in Zusammenarbeit mit dem Müttergenesungswerk und dem Roten Kreuz zwei Anlaufstellen in Berlin speziell für migrantische Mütter und Familien eingerichtet. Der Mädchen und Frauensport hat sich seit damals grundlegend verändert (Xhain war Pilotbezirk auf Senatsebene) und niemand stellt mehr in Frage, dass auch weibliche Menschen Anspruch auf die Hälfte aller Sportanlagen hat. Die – unabhängig von Geschlecht und Herkunft – jährlich gewählte grüne Weinkönig_in ist mittlerweile zum vierten mal gekürt worden und weit über die Grenzen von Kreuzberg und Berlin bekannt. Sie steht für Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit und Ökologie. Das Projekte-Haus schließlich wird derzeit in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule umgesetzt: unzählige Initiativen bewerben sich dort in einem öffentlichen Vergabeverfahren mit Bürgerbeteiligung um Räumlichkeiten.

Ich muss mich neu erfinden

Wie lange sie in der BVV mitgearbeitet hat, weiß Tine gar nicht so genau. Eine gefühlte Ewigkeit. Zu ihren überraschenden Rücktritt sagt sie: „Im letzten Winter war ich eine Weile ziemlich überfordert, eine Weile ziemlich krank, es gab ernst zu nehmende körperliche Warnzeichen. Ich muss mich also neu erfinden. Dafür nehme ich mir nun die erforderliche Zeit.“ Also hat sie sich entschlossen, die BVV-Tätigkeit schweren Herzens aufzugeben und mit dem Rauchen aufzuhören. Mangelnde Bewegung war für die Karatemeisterin nie ein Problem, wohl eher das Tanzen auf zu vielen Hochzeiten. Nach wie vor arbeitet sie in der Geschäftsstelle der grünen Abgeordnetenhaus-Fraktion und hält dort den Laden immer noch leidenschaftlich gerne in Schuss. Was aus ihrer Erfindungsphase herauskommt? Sie weiß es nicht, jedenfalls nichts unpolitisches. Wenn es soweit ist, will sie sich der grünen Basis – wo auch immer - neu vorstellen.

Andererseits hält sie sich für ganz und gar ersetzbar und zitiert gegen Ende meines Besuchs den ehemaligen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit dem Satz: „Der Friedhof ist voll von Leuten, die sich für unersetzbar hielten“, um schließlich vom Grünen Nachwuchs zu schwärmen. Diesen wunderbaren jungen Talenten, die gerade bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg wachsen, wie anderswo Blumen auf der Wiese.

Christian Könneke

Shooccy, Franz Schulz, Tine, Hans Panhoff (v.l.n.r.) bei Tines Verabschiedung aus der BVV *Foto: ck*

Anzeige